

ZÜRCHER FREISINN

Gemeinsam weiterkommen.

«ÖV-Initiative»
unterschreiben!

Klare Positionen in der Sicherheitspolitik

Das neue Forderungspapier der FDP ist die Antwort auf die neuen Herausforderungen in der Sicherheitspolitik. Die Schweizer Sicherheitspolitik muss an die neuen Realitäten angepasst werden. Denn die Sicherheit gehört zu den Grundvoraussetzungen für die Freiheit und einen prosperierenden Lebens- und Wirtschaftsraum.
Seite 12

Gesundheitskosten

Der Schweiz drohen nächstes Jahr schmerzhaft Erhöhungen der Krankenkassenprämien. Parteivizepräsident und Nationalrat Philippe Nantermod zeigt auf, was die FDP in diesem Bereich unternimmt, weshalb es mehr Wettbewerb braucht und welche Verantwortung Gesundheitsminister Alain Berset trägt.
Seite 13

Ukraine-Flüchtlinge

Sechs Monate nach Beginn des Krieges in der Ukraine spricht Bundesrätin Karin Keller-Sutter über die Aufnahme der ukrainischen Flüchtlinge und die Solidarität der Schweizer Bevölkerung.
Seite 15

Ja zur Verrechnungssteuerreform

Mit der Reform der Verrechnungssteuer können Finanzierungsaktivitäten und Arbeitsplätze in die Schweiz zurückgeholt sowie die Steuereinnahmen erhöht werden. Ausserdem profitieren öffentliche Verwaltungen und Betriebe bei Kreditaufnahmen von tieferen Zinsen. Nationalrätin Daniela Schneeberger zeigt in ihrem Beitrag auf, weshalb die Reform im Interesse der Schweiz ist.
Seite 19

Nicht Mängel verwalten, sondern Energiekapazitäten ausbauen

Editorial von Hans-Jakob Boesch

Dass die Schweiz auf eine gravierende Energiemangellage zusteuert, davor warnt die FDP schon lange. Der rot-grüne Energiekurs, welcher zwar eine Energiewende fordert, aber gleichzeitig sämtliche Ausbauprojekte vom kleinsten Windrädchen bis zur grössten Staumauer blockiert, hat uns in diese prekäre Lage gebracht. Der Ukraine-Krieg und der heisse, trockene Sommer verschärfen das Problem lediglich noch. Die «gut gemeinten» Rezepte von links, im Winter die Heizungen runterzudrehen und aufs Pendeln zu verzichten, führt das Scheitern des rot-grünen Energiekurses drastisch vor Augen. Statt wie die Linken den Energiemangel zu verwalten, müssen wir endlich die Energiekapazitäten ausbauen. Aufgrund der hohen Dringlichkeit und des schleppenden Fortschritts fordert die FDP Kanton Zürich zusammen mit weiteren Kantonalparteien den Bundesrat mittels der Petition «Mehr Schweizer Wasserkraft für die Versorgungssicherheit im Winter!» auf, für diverse Wasserkraft-Projekte sofort die regulatorischen Rahmenbedingungen für deren Ausbau zu schaffen, um die heimische Versorgung in naher Zukunft zu

Hans-Jakob
Boesch,
Parteipräsident
FDP Kanton
Zürich



stärken. Jetzt die Petition unterzeichnen unter: <https://bit.ly/3CmZHsL>.

Versorgungssicherheit und Lebensqualität

Die FDP vertritt seit Jahren konsequent die Haltung, dass es zur Lösung dieses Problems Pragmatismus und vorausschauendes Handeln benötigt. Die FDP will keine unrealistische Energiepolitik mit ideologischen Technologieverböten, sondern brauchbare Lösungen, welche die Versorgungssicherheit gewährleistet und unsere Lebensqualität sicherstellt. Das kann nur durch die Stärkung der inländischen Stromproduktion in Kombination mit der vollstän-

Fortsetzung auf Seite 3

Inhalt

- 3–9 Zürcher Freisinn
- 10 Interview mit Lukas Müller-Brunner vom Arbeitgeberverband
- 11 Regine Sauter setzt sich für die AHV 21 ein
- 12 FDP-Forderungen zur Sicherheitspolitik
- 13 FDP-Forderungen zur Migrationspolitik
- 15 Bundesrätin Karin Keller-Sutter im Interview
- 16 Philippe Nantermod im Interview zu den Gesundheitskosten
- 17 Damian Meier will in den Schwyzer Regierungsrat
- 18 FDP Zug ist bereit für die kantonalen Wahlen
- 19 Ja zur Reform der Verrechnungssteuer
- 20 Nein zur Massentierhaltungsiniziativa
- 22 FDP Urban erarbeitet Resolution zur Wohnungspolitik
- 23 Vermischtes



Gemeinsam die AHV sichern

Wegweisende Abstimmung für die Schweiz

Liebe Freisinnige

Die Schweiz sieht sich zurzeit mit bedeutenden Herausforderungen konfrontiert, die vorausschauende Antworten und mehrheitsfähige, zum Teil rasche Lösungen erfordern. Unser Wohlstand ist alles andere als selbstverständlich und nicht zuletzt jenen zu verdanken, die unser Land auf einem starken liberalen Fundament erbauten. Die bürgerliche Politik ist die Garantin für Lösungen, welche unsere Wirtschaft sowohl bei innerschweizerischen Reformen wie auch im internationalen Wettbewerb erfolgreich erhalten. Nur der Schulterchluss der bürgerlichen Parteien macht diese Reformfähigkeit möglich. Die bevorstehenden Abstimmungen führen vor Augen, wie wichtig diese Zusammenarbeit ist. Denn bei allen drei Vorlagen ruft links-grün nach mehr Umverteilung, mehr Nivellierung und mehr Staat.

Gemeinsam anpacken und die Zukunft der AHV sichern

Seit 1948 haben alle Menschen in diesem Land Anspruch auf eine Altersrente. Aber die AHV, unser wichtigstes Sozialwerk, ist aus der Balance. Ohne Massnahmen wird die AHV bereits im Jahr 2025 mehr Geld ausgeben als einnehmen. Die AHV-Reform beinhaltet die Anpassung des Frauenrentenalters an dasjenige der Männer – was bereits zum Zeitpunkt der Einführung der AHV mit 65/65 der Fall war. Diese Gleichstellung wird mit zahlreichen Massnahmen abgedeckt. Die AHV 21 bringt aber auch Modernisierungen wie die Flexibilisierung des Rentenalters. Mit einer minimalen Erhöhung der Mehrwertsteuer leisten zudem alle Generationen einen Beitrag zur Sicherung der Altersvorsorge. Die Reform tritt nur dann in Kraft, wenn beide Teile angenommen werden.

Wirtschaftsstandort Schweiz stärken

Unternehmen, der Bund, die Kantone oder die Gemeinden können durch die Ausgabe von Anleihen eine direkte Finanzierung von Investoren erhalten. Die Anleihezinsen unterliegen derzeit einer hohen Verrechnungssteuer von 35 Prozent. Somit erhält der Investor nur 65 Prozent der Zinserträge, die restlichen 35 Prozent müssen bei der Eidgenössischen Steuerverwaltung zurückgefordert werden. Dieser finanzielle und bürokratische Mehraufwand macht Investitionen in Schweizer Unternehmen vor allem für ausländische Investoren unattraktiv, da sie nicht 100 Prozent ihrer Erträge erhalten. Dies führt zu Ausweichmanövern und verpassten Chancen für den Wirtschaftsstandort Schweiz. Die Verrechnungssteuerreform korrigiert dies und ermöglicht die Rückführung von Finanzierungsaktivitäten in die Schweiz.

Nein zur unnötigen Tierhaltungsiniziativa

Mit der Initiative soll die Massentierhaltung als tierunwürdig definiert werden. Die Vorschriften für Unterbringung, Pflege usw. sollen massiv eingeschränkt, die Einfuhr von Tieren und tierischen Erzeugnissen mit enormen administrativen Aufwänden beladen werden. Die Schweizer Gesetzgebung zum Schutz und zur Würde von Tieren ist bereits eine der strengsten der Welt. Unser Land bekennt sich somit bereits zu hohen Standards des Tierschutzes. Die Initiative ist unverhältnismässig und hätte weit reichende Folgen für die Schweizer Landwirtschaft.

Ihr Thierry Burkart
Präsident FDP.Die Liberalen Schweiz



Jetzt mitmachen und
dem Komitee beitreten:
sichereahv.ch

Fortsetzung von Seite 1

digen Einbindung in den europäischen Strommarkt erreicht werden. Diese Lösungen müssen selbstredend im Einklang mit den Klimazielen und den Bedürfnissen der Wirtschaft stehen, um die Schweiz fit für die Zukunft zu machen. Pragmatisch fordern wir mit der Petition «Mehr Schweizer Wasserkraft für die Versorgungssicherheit im Winter!», die sofortige Umsetzung der 15 Wasserkraft-Projekte, die im Rahmen eines runden Tisches im Jahr 2020 vom Eidgenössischen Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation UVEK identifiziert wurden und welche neu gebaut oder deren Kapazität lohnend ausgebaut werden könnte. Aufgrund des wachsenden Stromverbrauches und der bereits jetzt absehbaren Stromlücke muss dies schnellstmöglich in die Umsetzung gebracht werden.

Daran arbeiten wir – tagein, tagaus

Wir arbeiten aktiv an unserer Zukunft und nehmen diese in die Hand – nicht nur mit der aktuell lancierten Petition zu mehr Wasserkraft für die Versorgungssicherheit im Winter, sondern auch mit der «ÖV-Initiative – Damit in Zürich niemand stehen bleibt» (Ein Unterschriftenbogen liegt diesem Zürcher Freisinn bei). Diese beiden Vorhaben stehen stellvertretend für viele weitere Themen und Projekte, welchen sich die liberalen Kräfte tagein, tagaus annehmen. Packen wir im Februar 2023 zudem die Chance, bei den Kantonsrats- und Regierungsratswahlen 2023 ein Parlament sowie eine neue Regierung zu wählen, welche konsequent den Anspruch verfolgen, den Kanton Zürich liberaler und in der Planung vor-

ausschauender und innovativer zu gestalten. Und sich zudem in Bundesbern für eine ausreichende und nachhaltige Energieversorgung einsetzt – denn ohne Energie keine Arbeitsplätze und ohne Arbeitsplätze kein Wohlstand. Daran und an vielen weiteren Themen wird im ganzen Kanton tagein, tagaus gearbeitet – besuchen Sie www.daran-arbeiten-wir.ch und überzeugen Sie sich selbst.

Ich danke Ihnen für Ihren Einsatz für einen liberalen Kanton Zürich!

Libérale Grüsse,
Hans-Jakob Boesch
Parteipräsident FDP Kanton Zürich

FDP Stadt Zürich

Der (nötige) liberale Aufbruch

Die Gemeinderatswahlen vom vergangenen Februar waren ein weiterer Erfolg für die FDP in der Stadt Zürich. Wir haben den Wahlerfolg von 2018 mit einem Sitzgewinn und einem Prozent mehr Wähleranteil noch weiter ausgebaut. Unsere Stellung als zweitstärkste Kraft in Zürich wurde klar zementiert, und dies trotz schwieriger Ausgangslage in der von linken Parteien dominierten Stadt.

Die unermüdliche Arbeit der FDP unter der kompetenten Führung meines Vorgängers Severin Pflüger hat sich also ausgezahlt: eine pointierte, aber konstruktive Oppositionspolitik und offen für jede politische Diskussion zur Mitgestaltung.

Dieser Kurs geht nun weiter, wenn auch nicht ganz gleich. Denn die letzten Jahre waren vor allem dafür da, diese Oppositionspolitik so zu betreiben, dass man als Minderheit die linke Übermacht wo immer möglich störte. Heute stehen wir mit gestärkter Ausgangslage da und haben einen grösseren Führungsanspruch. Die linke Politik ist ge-

scheitert, liberale Rezepte sind gefragt. Die Krisen der letzten Zeit haben dies auf nationaler Ebene bei der Energie- und Sicherheitspolitik verdeutlicht.

Auch in der Stadt Zürich ist die Linke mit ihrem Latein am Ende, wie beispielsweise bei der Wohnbaupolitik. Mangels fehlender Ideen für raschen bezahlbaren Wohnraum werden nun mit der Neugasse-Initiative Extrempositionen eingenommen und neue Wohnungen aktiv verhindert. Bei der flächendeckenden Einführung der Tagesschule hat die rot-grüne Parlamentsmehrheit auf das bereits gut ausgestattete Paket des Stadtrats nochmals Massnahmen von zusätzlichen jährlichen Ausgaben von 50 Mio. Franken draufgepackt – das sind knapp drei Steuerprozent.

Wir können nun bereits bei den nächsten Abstimmungen vom 25. September an den Erfolg von Februar 2022 anknüpfen und einen politischen Wandel herbeiführen. Mit den oben erwähnten Beispielen stehen zwei zentrale Themen zur Debatte, bei denen wir eine ähnliche Ausgangslage haben. Auf der einen Seite steht die linke, wenn auch knappe, Parlamentsmehrheit, die in beiden Fällen



Përparim Avdili

einmal mehr ihr politisches Scheitern mit masslosem Überborden demonstriert. Auf der anderen Seite steht die FDP im Lead der politischen Minderheitsposition, die in beiden Fällen gar vom mehrheitlich rot-grünen Stadtrat unterstützt wird.

Der politische Wandel ist in der Stadt dringend nötig. Und er ist machbar, denn unsere liberale Politik ist gefragt. Das nächste Mal bei den September-Abstimmungen, ganz sicher aber bei den Kantonsratswahlen im Februar 2023.

Përparim Avdili, Präsident FDP Stadt Zürich

AGENDA

Die Details zu unseren Veranstaltungen finden Sie auf unserer Website www.fdp-zh.ch.

8. September, 19.30 Uhr: OPBP-Konferenz

22. September, 18.30 Uhr: Neumitgliederanlass

30. September, 18 Uhr: Sessionsapéro und Verleihung des «Gaht's-no!-Priis 2022»

22. Oktober, 10.30 Uhr: Tag der FDP, Burgdorf

24. Oktober, 18.30 Uhr: Dialogplattform Finanzplatz Zürich: «Finance meets Big Tech – im Spannungsfeld von Kooperation und Wettbewerb»

25. Oktober, 19 Uhr: a. o. Delegiertenversammlung

1. November, 19.30 Uhr: 7. Forum der FDP Bezirk Meilen: «Wie bewältigen wir die Energiemangel-lage?» Anmeldung und weitere Informationen unter: www.fdpbezirkmeilen.ch

4. November, 11 Uhr: Alt-Kantonsrats-Essen

5. November: Wahlkampfauftakt kantonale Wahlen 2023

10. November, 19.30 Uhr: OPBP-Konferenz

Wirtschaft

Mit liberalen Rezepten gegen den Arbeitskräftemangel

Die tiefste Arbeitslosigkeit seit über 20 Jahren unterstreicht die Stärke unserer Wirtschaft in den global sehr unsicheren Zeiten mit Ukraine-Krieg, hohen Energiepreisen, steigenden Zinsen und Lieferengpässen. Die Kehrseite dieser höchst erfreulichen Lage auf dem Arbeitsmarkt: Statt Arbeitslosigkeit herrscht Arbeiterlosigkeit. Und dieser Arbeitskräftemangel dürfte sich weiter verschärfen. Eine riesige Herausforderung für unsere Wirtschaft!

Finden die Unternehmen nicht mehr genug Personal, sinkt die Wirtschaftsleistung. Die konkreten Folgen erlebten wir im Sommer am Flughafen, wo Flüge gestrichen wurden. Restaurants müssen tageweise schliessen, weil das Personal fehlt. Der Arbeitskräftemangel betrifft aber insbesondere auch die hochinnovativen Zürcher Schlüsselbranchen wie die ICT, die Finanzwirtschaft und die Life-Science-Branche. Und darunter leidet letztlich auch die Innovationskraft unserer Wirtschaft.

Ohne Gegenmassnahmen wird sich der Arbeitskräftemangel nur schon allein aufgrund der Demografie weiter verschärfen. Wenn die Zürcher Wirtschaft weiterhin so wachsen soll, wie in den letzten Jahren – und das muss unser Ziel sein –

fehlen bis 2050 insgesamt 210000 Arbeitskräfte. Und dies drückt den Wohlstand in unserem Kanton. Zu diesem beunruhigenden Schluss kommt eine Studie meines Amtes für Wirtschaft und Arbeit.

Die Politik ist gefordert. Mit klugen Anreizen müssen wir das Potenzial an Arbeitskräften, das in unserem Land schlummert, besser ausschöpfen. Ganz zentral ist hierbei, dass die Individualbesteuerung eingeführt wird: Damit doppelt verdienende Ehepaare endlich nicht mehr steuerlich bestraft werden. Auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss weiter verbessert werden. Deshalb will der Regierungsrat Kinderbetreuungsangebote stärker unterstützen. Zudem würde ein flexibleres Arbeitsrecht dabei helfen, dass der eine oder die andere ihr Pensum erhöht. Erhöhen könnte man bei Bedarf auch die Drittstaatenkontingente.

Viel Hoffnung setze ich auch in die Digitalisierung. Sie erhöht die Produktivität, ohne dass wir mehr und länger arbeiten müssen – sofern wir alle digital fitter werden. Und schliesslich ist es absolut zentral, dass die Schweiz das Rentenalter erhöht und flexibilisiert! Zur Sicherung der Altersvorsorge und eben auch zur Linderung des Arbeitskräft-



Carmen Walker Späh

temangels müssen Jungrentnerinnen und Jungrentner im Erwerbsleben gehalten werden. Aus Sicht der Generationengerechtigkeit ist das absolut zwingend. Am 25. September können wir mit einem Ja zu den AHV-Vorlagen einen ersten und überfälligen Schritt machen.

Carmen Walker Späh
Volkswirtschaftsdirektorin

Ständeratswahlen 2023

Gemeinsam für gute Lösungen!

Die Delegierten der FDP Kanton Zürich haben den Startschuss für die nationalen Wahlen 2023 gegeben. Für das Vertrauen und die Nomination als Ständeratskandidatin danke ich herzlich. Ich freue mich auf einen intensiven gemeinsamen Wahlkampf.

Die Sommerferien sind vorbei – es bleibt heiss. Die kantonalen Wahlen vom Februar 2023 rücken rasch näher und die nationalen Wahlen vom Oktober 2023 werfen ihre Schatten voraus. Sorgen wir mit einem engagierten Wahlkampf dafür, dass wir unsere Anliegen auf kantonaler und nationaler Ebene weiterhin wirkungsvoll vertreten können!

Ein wichtiges Ziel ist es, unseren freisinnigen Sitz im Ständerat erfolgreich zu verteidigen. Ruedi Noser hat in der kleinen Kammer Grosses geleistet – für die Schweiz, für unseren Kanton und für unsere Partei. Dafür gebührt ihm grosser Dank.

Dass mir die Delegierten das Vertrauen schenken und mich als Kandidatin für seine Nachfolge nominiert haben, ehrt und freut mich sehr. Dieser Rückhalt in der Partei bedeutet mir viel und ich bin überzeugt: Als starkes Team werden wir diese

Wahl gewinnen. Alle, die dazu beitragen wollen, lade ich herzlich ein, sich auf reginesauter.ch/unterstuetzen/ für mein Komitee anzumelden. Vielen Dank dafür!

Ich freue mich darauf, als Teil eines starken, geschlossenen und engagierten freisinnigen Teams für unsere liberalen Werte, für freiheitliche und zukunftsfähige Lösungen einzustehen – wie aktuell für die AHV-Reform. Auch jüngere Generationen sollen darauf vertrauen können, dass sie im Alter eine sichere Rente erhalten. Dazu macht die AHV 21 einen ersten Schritt (lesen Sie auch meinen Beitrag auf S. 11). Den nächsten Schritt haben die Jungfreisinnigen mit ihrer Renteninitiative bereits eingeleitet. Nachhaltigkeit muss eben auch in der sozialen Sicherheit ein Thema sein.

Um Sicherheit für die Zukunft geht es aber nicht nur bei den Renten. Zentral ist heute auch der Schutz unserer freiheitlichen Werte und unserer natürlichen Lebensgrundlagen, die Sicherstellung eines modernen und finanzierbaren Gesundheitswesens, der Energieversorgung und letztlich auch



Regine Sauter

der Grundlagen für den Wohlstand unseres Landes. Dieser Themen nehme ich mich an – und ich freue mich darauf, mich zusammen mit Ihnen allen, liebe Freisinnige, für unsere Lösungen einzusetzen. Wir haben gute Antworten. Stehen wir gemeinsam dafür ein!

Regine Sauter, Nationalrätin

Vorausschauende Politik

Zeit für den liberalen Aufbruch!

Die Wirtschaftsprognosen verdüstern sich infolge der globalen Krisenherde. Umso mehr ist eine vorausschauende liberale Standortpolitik gefragt – und nicht eine Negierung der hausgemachten Probleme. Tiefe Arbeitslosigkeit und aktuelles Wirtschaftswachstum dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass diese auch mit den Nachholeffekten der Pandemie begründet sind.

Getragen von den stillen Leistungsträgerinnen und Leistungsträgern in Wirtschaft und Gesellschaft besitzt unser Kanton Zürich immenses Potenzial als Unternehmens- und Forschungsstandort. Doch anstatt dieses Potenzial zu nutzen und in diesen turbulenten Zeiten die Grundlagen für den Zürcher Wohlstand zu stärken, schränkt es die heutige Regierungspolitik immer mehr ein. Die Steuerlast für Private und Unternehmen ist deutlich zu hoch und das starke Verwaltungswachstum der letzten Jahre äusserst kostspielig. Das verschärft die Abgabe- und Regulierungslast für KMU und Grossbetriebe. Erschwerend hinzu kommen ein Reformstau bei gewichtigen Rahmenbedingungen, eine gefährdete Stromversorgungssicherheit sowie der immer gravierendere Fachkräftemangel. Dieser ist nicht nur demografisch begründet, auch das staatliche Stellenwachstum entzieht der Privatwirtschaft die drin-

gend gesuchten Fachkräfte. Dazu hinkt die heutige Regierungs- und Verwaltungsorganisation wesentlichen Entwicklungen wie der Digitalisierung hinterher.

Die Folge: Die private und die unternehmerische Leistung werden von der heutigen Zürcher Politik zunehmend sanktioniert – und immer weniger honoriert! Andere Kantone sind hier deutlich besser unterwegs: Die Abwanderung von Zürcher Unternehmen und guten Steuerzahlern in umliegende Kantone spricht eine deutliche Sprache. Die gegenwärtigen Herausforderungen und Probleme sind zu gewichtig, als dass man sie aussitzen oder schönreden kann! Um die Trendumkehr wieder zu mehr Standortattraktivität für den Kanton Zürich zu schaffen, braucht es ein umfassendes liberales Modernisierungspaket – nicht in Schlagworten, sondern ganz konkret: Ich kämpfe deshalb für eine Senkung der Steuerbelastung um 10% und einen Abbau des kantonalen Regulierungsdickichts um 20%, für den umgehenden Stopp des Stellenwachstums in der Verwaltung und die Digitalisierung aller Behördengänge bis 2027, genauso wie für die Modernisierung des Arbeitsgesetzes und eine Klimapolitik, die auch Versorgungssicherheit garantiert. Alle Details zu meinem 10-Punkte-Reformprogramm finden Sie unter www.peter-gruenenfelder.ch.



Peter Grünenfelder

Unser Kanton verdient es, dass der Regierungsratswahlkampf über konkrete Inhalte bei den relevanten Zukunftsfragen geführt wird. Unter Federführung von uns Freisinnigen soll Zürich wieder zur Lokomotive werden – es ist Zeit für den liberalen Aufbruch!

Dr. Peter Grünenfelder
FDP-Regierungsratskandidat

Marco Nuzzi als Stadtpräsident gewählt

Grosserfolg der FDP Illnau-Effretikon

Die drei bisherigen FDP-Stadträte, die Parlamentarier/-Innen und der Parteivorstand der FDP Illnau-Effretikon trafen sich im Herbst 2021 zu einer Strategie-Diskussion über die kommenden Wahlen. Stadträtin Erika Klossner würde Mitte 2022 nach 20 Jahren als Schulvorsteherin in den wohlverdienten Ruhestand treten.

Das gesamte Team beschloss die «all in»-Strategie: 3 Stadträte, 6 Sitze im Parlament, alle bisherigen Behördensitze und zusätzlich mit Stadtrat Marco Nuzzi das Stadtpräsidium. Diese sehr hoch gesteckten Ziele benötigten einen professionellen Wahlkampf und grosse personelle sowie finanzielle Ressourcen. Ein intensives Fundraising brachte rekordhohe Spenden. Für die 36 Sitze im Parlament konnte das Wahlkampfteam eine sehr starke Kandidatenliste mit 36 lokalen Persönlichkeiten gewinnen. Keine andere Partei schaffte dies auch nur annähernd.

Mit einem crossmedialen und breiten Medienplan konnten wir Jung und Alt ansprechen sowie

die klassischen und digitalen Kanäle optimal abdecken. Dazu wurde unter anderem die Parteizeitung «ILEF Blickpunkt» kreiert und zwei Ausgaben wurden per Post in fast 10000 Haushaltungen verschickt. Die Zeitung wurde in der Bevölkerung sehr positiv wahrgenommen. Die Kandidaten-Statements der Kampagne wurden direkt aus den politischen Zielen der jeweiligen Kandidaten abgeleitet. Durch gezielte Massnahmen wurden die Wähler/-innen während der ganzen Kampagne stetig kontaktiert und es entstand ein authentischer und erfrischender Gesamtauftritt der FDP, der wiederholt spontane Komplimente nicht nur aus der Bevölkerung, sondern auch von Vertretern anderer Parteien auslöste.

Die zahlreichen grafischen Arbeiten wurden genau auf das Corporate Design der FDP abgestimmt und von Profis umgesetzt. Auf Facebook und Instagram wurden spannende Videos mit kurzen Testimonials über die Stadtratskandidaten geschaltet. Der Wahlkampf war äusserst kompetitiv: 11 Kandidierende für den Stadtrat wurden

von den Parteien ins Rennen um die 7 Sitze geschickt. Das erste Wahlergebnis vom 27. März 2022 ergab, dass die FDP die 3 angestrebten Sitze im Stadtrat besetzen und die Positionen im Parlament und in den Behörden halten konnte. Es gelang uns, den Wähleranteil von 16,0% auf 17,6% zu steigern (die GLP konnte nur +0,5% auf 10,3% wachsen). Auch die Jungliberalen konnten ihren Sitz halten.

Motiviert durch die hervorragende Ausgangslage, leistete das Wahlkampfteam einen erneuten Effort und so konnten wir am 15. Mai 2022 Marco als Stadtpräsidenten rauschend feiern. Mit 435 Stimmen Vorsprung auf seinen Kontrahenten der SP ein hervorragendes Resultat für den ersten freisinnigen Stadtpräsidenten von Illnau-Effretikon. Marco Nuzzi geht als einziger FDP-Stadtratspräsident einer Parlamentsgemeinde im Kanton Zürich in die Legislatur 2022 bis 2026.

Hansjörg Germann, Wahlkampfleiter
Katharina Morf, Ortsparteipräsidentin



7. Forum FDP Bezirk Meilen

«Energienmangellage – wie bewältigen?»

Als im Mai die Vorbereitungen für das 7. FDP-Forum anliefen, zeichnete sich noch kaum ein Energieengpass in Europa durch den Ukraine-Krieg ab. Heute besteht Gewissheit: Sowohl fossile wie auch elektrische Energie werden knapp im kommenden Winter, wenn die Schweizer Haushalte beheizt werden müssen und sich die saisonalen Schwankungen unserer Stromproduktion bemerkbar machen. Das Forum hat diesmal ein brennendes Thema ausgewählt. Bereits sind Preise für Treibstoff und Gas auf einem Niveau, das gesellschaftliche Auswirkungen spürbar macht. Braucht es jetzt staatliche Subventionen, und wenn ja, für

wen? Politik und Wirtschaft arbeiten mit Hochdruck an Lösungen, um Alternativen in der Beschaffung von Gas und elektrischer Energie zu finden. Andererseits werden Szenarien erarbeitet, wie in der Mangellage alle Schweizer Wohnungen beheizt werden können, die kritische Infrastruktur weiter betrieben werden kann und Produktionseinbussen in der Privatwirtschaft vermieden oder gemindert werden können. Interessant wird vor allem sein, wo die Schwerpunkte und Prioritäten in dieser komplexen Situation gesetzt werden. Und es stellt sich leise die Frage, ob unser Wohlstand darunter leiden wird. Diese Thematik diskutiert

FDP Forum 2021: Corona: lessons learnt. Von links nach rechts: Ernst Stocker, Regierungsrat, Andrea Fischer Schultheiss, Miller's Studio, Heini Dändliker, Zürcher Kantonalbank, Sarah Fuchs, Swissmem, Christian Zünd, Kaufmännischer Verband Zürich und Beat Walti, FDP Nationalrat und Moderator.

unser bewährter Moderator Dr. Beat Walti, Nationalrat, am 1. November 2022 mit Experten in Meilen. Andrea Mäder, Managerin Public Affairs von Swissgrid, wird uns dabei Einblick in die Strombeschaffung geben. Dr. sc. tech. Christian Schucan, Kantonsrat Kanton Zürich, ist unsere Stimme aus der Politik und den Gemeindewerken. Stefan Brupbacher, Präsident Swissmem wird uns die Anstrengungen der Industrie aufzeigen. Diese Mangellage geht aber uns alle als Privatpersonen an. Seien Sie dabei, informieren Sie sich aus erster Hand und diskutieren Sie mit. Vielleicht kleiden wir uns etwas wärmer als in den vergangenen Winter, aber sicher tauschen wir uns im Anschluss zur Podiumsdiskussion bei einem Apéro rege aus.

Wir erwarten Sie gerne um 20 Uhr im Saal des Restaurants Löwen. Der Anlass ist öffentlich und der Eintritt frei, Türöffnung ab 19.30 Uhr.

Informationen zum Anlass und Anmeldung:
www.fdpbezirkmeilen.ch

Kontakt: Dr. Marion Tobler,
praes@fdp-hombrechtikon.ch

Rückblick und Ausblick

Aktuelles aus der Fraktion

Nach zwei Corona-Jahren hat die Fraktion diesen Sommer ihren Fraktionsausflug endlich wieder unter normalen Bedingungen durchführen können. Am 20. Juni ging es unter dem Lead von Jörg Kündig und Stephan Weber und bei perfektem Sommerwetter ins wunderschöne und vielfältige Zürcher Oberland. Als Erstes stand die Besichtigung der Real Stein AG in Fischenthal an, dort wurden wir in die faszinierende Welt der High-tech-Bearbeitung von Steinplatten aus der ganzen Welt für den Innenausbau eingeführt. Danach besuchte die Fraktion die Ski-Sprungchanze der Genossenschaft Regionales Skispringerzentrum Zürcher Oberland. Nach einer eindrucksvollen Sprungdemonstration des Nachwuchses (Sprünge bis über 45 Meter) hat uns Swiss-Ski-Athlet und Nachwuchsolympionike Dominik Peter einen Eindruck in den Ski-Springsport vermittelt. Weiter ging es mit einer Führung im Museum Textil- und Indust-

riekultur Neuthal, wo wir einen spannenden Einblick in die Industrie- und Wirtschaftsgeschichte des Zürcher Oberlandes erhielten. Abgerundet wurde der Ausflug mit einem wunderbaren Essen und geselligem Beisammensein in prächtiger Kulisse im Restaurant Sternen in Sternenbergr.

Politisch hat sich die Kantonsratsfraktion vor der Sommerpause unter anderem mit diversen Vorstössen in der Bildungspolitik profiliert. Dank einer parlamentarischen Initiative von Astrid Furrer wurde erreicht, dass Schulnoten, als wichtiger Bestandteil einer fairen und nach individueller Leistung bewertenden Schule, gesetzlich verankert werden. Die entsprechende Änderung des Volksschulgesetzes wurde Anfang Juli im Kantonsrat angenommen. Zudem hat die Fraktion verschiedene Vorstösse eingereicht, welche der Bildungsdirektion aufzeigen, wie dem Lehrpersonenmangel entgegengewirkt werden kann. Die FDP-Fraktion will einerseits Anreize schaffen, damit der durchschnittliche Beschäftigungsgrad des Lehrpersonals erhöht wird, und andererseits die Lehrer und Lehrerinnen administrativ entlasten. Ziel ist es, mit der Fokussierung auf den Kernauftrag, den Unterricht, die Attraktivität des Berufs

zu steigern und die durchschnittliche Verweildauer zu verlängern.

Des Weiteren hat die Fraktion den Regierungsrat mit verschiedenen Anfragen aufgefordert, darzulegen, wie er sich auf die sich abzeichnende Gas- und Strommangellage vorbereitet und was er bzw. die vom Kanton beherrschten Energieversorgungsunternehmen tun, um die Versorgungssicherheit für Wirtschaft und Privathaushalte zu gewährleisten.



Beatrix Frey-Eigenmann, Fraktionspräsidentin

FDP Stäfa

Starke Präsenz – starkes Resultat

Für die insgesamt 8 Mitglieder und das Präsidium des Gemeinderates sowie insgesamt 26 Sitze der Schulpflege, Sozialbehörde und Werkbehörde Stäfa bewarben sich 37 Kandidatinnen und Kandidaten. Die FDP Stäfa verteidigte ihre 13 bisherigen Sitze erfolgreich und gewann einen Sitz dazu. Keine Überraschungen gab es bei den Behördenwahlen: Es gab vorgedruckte Stimmzettel.

Seit mehr als einem Jahr befindet sich die FDP Stäfa im Wahlkampf. Im vergangenen Jahr mussten in der Schulpflege infolge vorzeitiger Rücktritte drei Ersatzwahlkämpfe geführt werden. Die damalige Amtsinhaberin des Präsidiums konnte dank Daniela Bahnmüller mit 92 Stimmen Vorsprung zur neuen Präsidentin gewählt werden, die FDP Stäfa konnte den Sitz halten. Im November 2021 folgte die Ersatzwahl für den frei gewordenen Sitz.

Strategie der öffentlichen Präsenz

Die gewählte Strategie der hohen Präsenz in der Öffentlichkeit wurde beim Wahlkampf für die Gemeindewahlen 2022 konsequent umgesetzt. Der

direkte Kontakt zur Bevölkerung ist weitaus nachhaltiger. An insgesamt drei Wahlkampfmeetings wurden zusammen mit den Kandidierenden die Strategie festgelegt und die Aktionen geplant.

Intensives Wahlkampfprogramm

Ab Ostern 2022 absolvierten die 14 FDP-Kandidierenden einen Marathon an Wahlkampfaktionen. Von der Gipfeli-Verteilaktion am frühen Morgen über Standaktionen zu Pendler-Aktionen bis hin zur Teilnahme am Wahlpodium wurden gegen 20 Anlässe organisiert und durchgeführt. Ein weiteres wichtiges Element des Wahlkampfes war die regelmässige Bespielung der Social-Media-Kanäle.

Erfreuliches Resultat

Die FDP-Gemeinderatskandidaten Christian Haltner, Simon Hämmerli und David Dubach wurden mit über 70 Prozent der Stimmen in ihren Ämtern bestätigt. Christian Haltner erreichte als Gemeinderat das beste Resultat und wurde auch als Gemeindepräsident glanzvoll gewählt. Die FDP-Kandidaten für die Schulpflege, alle Bisherigen, Caroline Desax und Daniela Bahnmüller erreichten ebenfalls deut-



Erfreuliche Wahlergebnisse für die FDP Stäfa

lich über 70 Prozent der Stimmen. Markus Meier Joos erreichte 68 Prozent der Stimmen. Bei den Wahlen in die Rechnungsprüfungskommission sowie in die Werk- und Sozialbehörde wurden die acht FDP-Kandidierenden ebenfalls mit guten Resultaten bestätigt bzw. neu gewählt. Der FDP Stäfa ist es gelungen, in den Behörden einen weiteren Sitz zu gewinnen. Von den insgesamt 35 Behördenämtern sind deren 14 in FDP-Hand. Auch das RPK-Präsidium ist mit Präsident Michael Meyer weiterhin in freisinniger Hand. Das für die FDP Stäfa sehr erfreuliche Resultat ist gleichzeitig auch eine grosse Verpflichtung.

Andreas Hess
Wahlkampfleiter FDP Stäfa

Abschied aus dem Kantonsrat

Danke, Thomas!

Am 7. März 2022 hatte Thomas Vogel seine letzte Kantonsratssitzung. Mit ihm verliert der Kanton Zürich ein liberales Urgestein und die Fraktion einen sehr geschätzten Kollegen. Er hat sich stets vorbildlich und im besten Sinne für die liberalen Werte Freiheit, Fortschritt und Gemeinsinn eingesetzt und kann auf eine lange und erfolgreiche politische Laufbahn zurückblicken.

Das politische Feuer wurde bei Thomas Vogel früh entfacht. Seit seinem Parteieintritt 1989 hat er mit Leidenschaft, Augenmass und Weitblick für liberale Rahmenbedingungen gekämpft und sich in verschiedenen Ämtern und Positionen innerhalb der Partei eingebracht. Angefangen mit dem Aufbau der Jungliberalen in Illnau-Effretikon und der Wahl in den Grossen Gemeinderat der Stadt Illnau-Effretikon, wo er sich lange Zeit und unter anderem als jüngster Präsident des Gemeinderates für seine Heimatgemeinde einsetzte. Es folgte 2003 die erfolgreiche Wahl in den Kantonsrat. Seinen Sitz im kantonalen Parlament verteidigte Thomas während dreier Amtsperioden jeweils höchst

erfolgreich, was zeigt, dass sein Engagement auch von der Bevölkerung sehr geschätzt wurde. In seiner ersten Amtsperiode war er Mitglied und Vizepräsident der Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit. Zu seinen grössten politischen Erfolgen gehören die zweite Abstimmung über das Polizei- und Justizzentrum PJZ, mit der das Kasernenareal freigespielt werden konnte und das Anstossen des forensischen Instituts. Von 2008 bis Mitte 2019 stand er der FDP-Fraktion als Fraktionspräsident vor und war damit auch Mitglied der Geschäftsleitung des Kantonsrates. Er führte die Fraktion umsichtig und mit liberalem Kompass. Nach jahrelangen Grabenkämpfen gelang es ihm, die Reihen zu schliessen, so dass die Fraktion geschlossen und wirkungsvoll auftreten konnte.

Thomas Vogel wurde über die Parteigrenzen hinweg als integrier, lösungsorientierter und engagierter Parlamentarier sehr geschätzt, der sich immer im Sinne der Fraktion einsetzte, aber nie die Offenheit für einen politischen Kompromiss verlor. Er politisierte sachorientiert und half dadurch mit, verschiedene Gesetzesvorlagen im Parlament im Sinne der FDP zum Tragen zu bringen.



Thomas Vogel

Auch als Mensch war Thomas sehr geschätzt. Ein Mann mit Humor, Witz, Selbstironie und einem Sensorium für Menschen, zugänglich und ausgleichend, kumpelhaft, aber nicht anbiedernd, ein guter Zuhörer, ein sehr guter Redner und nicht zuletzt ein versierter Pianist.

Wir danken Thomas für seinen ausserordentlichen Einsatz für den Kanton Zürich, sein grosses Engagement für die Fraktion und seine liberale und menschliche Politik! Thomas Vogel bleibt der Partei glücklicherweise als Vizepräsident erhalten, wo wir weiterhin von seiner langjährigen politischen Erfahrung profitieren können.

Beatrix Frey-Eigenmann, Fraktionspräsidentin

Verband Gemeindepräsidenten Kanton Zürich

Gemeinden und Städte ein weiteres Mal gefordert

Die Folge des Einmarsches der russischen Truppen in die Ukraine im Februar 2022 hatte zur Folge, dass die Schweiz als sicheres Land mit seinen Verbindungen und der vergleichswisen Nähe zum Krisengebiet zum Ziel zahlreicher schutzsuchender Menschen wurde.

Privatunterbringung und Status S als Besonderheit

Die Plötzlichkeit des Ereignisses und die rasche steigende Zahl der Personen, die mit Bahn und Privatautos, aber auch mit organisierten humanitären Bustransporten die Schweiz erreichten, führten zum Entscheid, die private Unterbringung in den Vordergrund zu rücken. Je nach Region wurden bis zu 80 Prozent der Schutzsuchenden, in erster Linie handelt es sich um Frauen und Kinder, von privaten Haushalten aufgenommen. Die fehlende Visumpflicht für Einreisende aus der Ukraine und die grosse Hilfsbereitschaft der Bevölkerung machte es zur grossen Herausforderung, überhaupt den Überblick zu gewinnen, wo wie viele Personen untergebracht sind, und die geltende Aufnahmepflicht der Zürcher Gemeinden war in der Zwischenzeit von 7 auf 9 Personen pro 1000 Einwohnerinnen und Einwohner ausgeweitet worden. Eine Zahl, die aber durch die Privatunterbringung vielerorts längst überschritten war. Die erstmalige Anwendung des auf die Rückkehr ausgerichteten Status S mit der Möglichkeit der Schutzsuchenden, sofort in den Arbeitsmarkt einzutreten, oder die Tatsache, dass die Kinder unmittelbar nach der Wohnsitznahme in

die Schule durften, brachten das bisher erprobte Integrationskonzept zusätzlich durcheinander und die nötigen personellen Ressourcen für die Betreuung und Begleitung, aber auch Ausbildung dieser Menschen fehlten. Schliesslich erschwerte die Unsicherheit über die Entwicklung der Zahl der Einreisenden, das Ende des Konfliktes, aber auch die Feststellung, dass viele Gastfamilien ihr Engagement nicht unbegrenzt leisten können, die Aufgabe zusätzlich.

Aktueller Status und Ausblick

Derzeit leben im Kanton Zürich, dessen national zugeteilte Aufnahmequote 17,8 Prozent beträgt, rund 11 000 Schutzsuchende. Davon 9700 mit dem Status S. Die täglichen Neuzuweisungen gehen laufend zurück, die Erfüllungsquote in den Gemeinden stabilisiert sich leicht unter 1 Prozent und es zeichnet sich ab, dass die pessimistische Prognose von 120 000 Schutzsuchenden nicht erreicht wird. Gleichwohl ist die grösste Herausforderung die wünschbare Transparenz. Trotz drohendem Verlust des einmal gewährten Status S sind die eingereisten Ukrainerinnen und Ukrainer höchst mobil. So fehlen von zugewiesenen Personen oftmals die Adressen. Ausserdem wird es in den nächsten Wochen darum gehen, die Nachfolgelösung für den auf 12 Monate begrenzten Status S zu finden und inwieweit dieser Sonderfall grundsätzlich, aber auch finanziell, in die üblichen Asylverfahren überführt wird.

Fazit

Die nie gekannte Situation wurde mit der nötigen Ruhe gehandhabt, trotz oder gerade im Bewusstsein, dass die Prozesse nicht von Anbeginn an so strukturiert und gestaltet waren wie gewünscht. Auch berechtigte Kritik galt es diesbezüglich zu akzeptieren und Schritt für Schritt Verbesserungen herbeizuführen. Oftmals mussten kurzfristig und kreativ Lösungen gefunden werden. In der Summe kann festgehalten werden: Bei der Bewältigung dieser Flüchtlingssituation haben die Gemeinden und Städte einmal mehr den Beweis geliefert, dass man sich auf sie verlassen kann – und auch hier gilt als zentraler Ansatz: Nur Staatsebenen übergreifende Zusammenarbeit bringt den Erfolg.



Jörg Kündig
Präsident Verband Gemeindepräsidenten Kt. Zürich

Fraktionssekretariat

Christian Kohler neuer Fraktionssekretär

Im Mai dieses Jahres habe ich meine neue Stelle als Fraktionssekretär der FDP-Kantonsratsfraktion in Zürich angetreten. Das politische Geschehen, ob national oder international, fasziniert mich seit vielen Jahren und meiner frühesten Jugend. Eine gute politische Diskussion hat schon immer mein Interesse geweckt. Vor meiner Tätigkeit für die FDP-Fraktion war ich in einem Generalsekretariat einer kantonalen Verwaltung im Bereich der politischen Geschäfte tätig und davor habe ich beim EDA in Bern in der Europapolitik gearbeitet. So kenne ich die «Verwaltungsseite» der politischen Arbeit in der Schweiz und freue mich jetzt darauf, mich für die «andere» Seite, die Legislative, einzusetzen. Ebenso konnte ich durch meine bisherige Tätigkeit die verschiedenen Ebenen unseres föderalen Systems und deren jeweilige Stärken, Schwächen und Funktionsmechanismen kennen lernen.

In der FDP des Kantons Zürich traf ich auf eine dynamische Fraktion im Kantonsrat, die ein gutes Abbild unserer Gesellschaft darstellt und aus engagierten ParlamentarierInnen besteht. Es ist spannend zu sehen, dass die FDP-Fraktion eine grosse Bandbreite an Positionen zu diversen politischen Themenbereichen abdeckt, die jedoch immer im liberalen Grundgedanken verankert sind. Meiner Meinung nach liegt genau darin eine der grossen Stärken des Freisinns: Die Ausgangspositionen in der politischen Debatte sind vielfältig, am Ende resultiert jedoch eine breit abgestützte und liberale Lösung. Im Gegensatz zu den Positionen an den politischen Rändern, muss der Freisinn jeweils ein breites Spektrum an Ausrichtungen berücksichtigen und in die Diskussion inkludieren. Das ist eine Stärke und gleichzeitig aber auch eine grosse Herausforderung. Eine komplexe Welt und die aktuell



Christian Kohler

zahlreichen Herausforderungen verlangen nach faktenbasierten, pragmatischen und breit abgestützten Lösungen, Lösungen zu denen eine vielseitige, engagierte und zielgerichtete FDP-Fraktion im Kantonsrat viel beitragen kann. Ich freue mich, die Fraktion im Hintergrund bei dieser Arbeit zu unterstützen.

Christian Kohler, Fraktionssekretär

«Die Social-Media-Präsenz von Politikern trägt dazu bei, auch für junge Leute nahbarer zu sein.»

«Im Gespräch mit ... Lea Sonderegger»

Gemeinderätin Dietikon

Am 13. Februar wurdest du in Dietikon als jüngste Gemeinderätin gewählt. Was hat dich motiviert zu kandidieren? Als ich nach Dietikon gezogen bin, war es für mich klar, dass ich mich gerne mehr in der Lokalpolitik engagieren möchte. Dietikon ist eine interessante Stadt mit demografischen Herausforderungen und Chancen. Um mich bei der Stadtentwicklung aktiv einzubringen, kandidierte ich für den Gemeinderat.

Für welche Themen wirst du dich im Gemeinderat Dietikon insbesondere einsetzen? Ich setze mich für eine zukunftsorientierte Bildung ein, mit einem besonderen Fokus auf IT-Kompetenzen. Auch setzte ich mich für einen starken Wirtschafts- und Innovationsstandort Dietikon ein, einen besonderen Fokus lege ich dabei auf attraktive Rahmenbedingungen für Start-ups.

Wie ist dein Interesse an der Politik entstanden? Meine Grossmutter ist politisch sehr interessiert, bei den wöchentlichen Mittagessen mit ihr waren die aktuellen politischen Geschehnisse immer ein Thema. Als ich älter wurde, wollte ich mich selbst

stärker einbringen und entschloss mich dazu, dem Jugendparlament beizutreten.

Wie schaffen wir es, mehr «junge» Menschen für die Politik zu begeistern? Mit niederschweligen Einstiegsmöglichkeiten in die Politik, wie die Jungparteien dies sind. Diese vermitteln den jungen Leuten, dass Politik nicht langweilig sondern spannend und aufregend ist. Auch die Social-Media-Präsenz von Politikern trägt dazu bei, diese macht Politiker auch für junge Leute nahbar.

Du hast im Jugendparlament deine «politische Karriere» gestartet und bist dann den Jungfreisinnigen der FDP beigetreten. Wieso der Entscheid für die FDP? Ich wurde auf die Jungfreisinnigen und die FDP durch die Renteninitiative aufmerksam. Dies motivierte mich dazu, mich mit der FDP auseinanderzusetzen. Je mehr ich mich informierte, desto mehr konnte ich mich mit der Partei identifizieren. Freiheit und Eigenverantwortung spielen auch in meinem Privatleben eine wichtige Rolle.

Steckbrief:

Lea Sonderegger ist seit Februar 2022 Gemeinderätin in Dietikon. Sie ist Vizepräsidentin der Jungfreisinnigen Kanton Zürich. Die 18-Jährige studiert Biomedizin an der Universität Zürich. In einer freien Minute greift sie gerne zu einem guten Buch und verbringt ihre Zeit an der Limmat.

Was wünschst du dir von der Politik? Mehr Verantwortung für den Einzelnen. Gerade von linker Seite wird dem Individuum immer mehr die Kompetenz abgesprochen, selbst Entscheidungen zu treffen, und der Einzelne wird immer mehr von staatlicher Seite bevormundet. Als liberale Kraft im Land müssen wir hier ganz klar dagegenhalten, um die Freiheiten und Kompetenzen des Einzelnen zu wahren.

Welche gesellschaftlichen Themen beschäftigen dich speziell? Ich fange im Herbst mein Studium der Biomedizin an und möchte mich danach im Bereich der Gentechnik und Reproduktionsmedizin vertiefen. Diese Themen beschäftigen mich auch politisch. Ich setze mich für eine Liberalisierung der Methoden sowie der Zugänge zu künstlichen Befruchtungen ein. Ein weiteres für mich sehr wichtiges Thema ist die Zukunft der AHV und die dringend nötige Erhöhung des Rentenalters.

Welches sind die Werte, die dir am wichtigsten sind? Sachlichkeit und Respekt sind mir sehr wichtig. Gerade in einer liberalen Partei wie der FDP ist es wichtig, verschiedene Meinungen zu akzeptieren und Meinungsverschiedenheiten sachlich und direkt zu klären. Es ist wichtig, sich auf gemeinsame Werte wie Liberalismus und Wirtschaftlichkeit zu konzentrieren, statt sich als Partei in Themen zu verrennen, in denen die FDP-Basis selbst gespalten ist.

Wir danken für das Interview und den Einblick!
Geschäftsstelle FDP Kanton Zürich

Parolenspiegel

Kantonale Vorlagen vom 25. September 2022



JA

Ja zum Gegenvorschlag des RR bei der Kreislaufinitiative



NEIN

Keine Steuergeschenke für Grossaktionäre/innen



«Die Reform erreicht, was es braucht»

Arbeitgeberverband stellt sich hinter die AHV 21

Als Ressortleiter Sozialpolitik und Sozialversicherungen beim Schweizerischen Arbeitgeberverband ist Lukas Müller-Brunner ausgewiesener Experte für die Altersvorsorge. Im Interview spricht er über die Notwendigkeit der AHV-21-Reform und darüber, weshalb die Frauen davon profitieren.

Herr Müller-Brunner, wie geht es der AHV heute?

Nicht wirklich gut, bei einem menschlichen Patienten würde man wohl von einem kritischen Zustand sprechen. Ein guter Indikator, um die finanzielle Gesundheit der AHV zu messen, ist das sogenannte Umlageergebnis. Damit wird gemessen, welcher Teil der laufenden Rentenausgaben durch jährliche Einnahmen gedeckt ist. Von 2014 bis 2020 war dieses Ergebnis negativ, mit zunehmender Tendenz. Seither kann sich die AHV finanziell über Wasser halten – dies aber nur, weil seit Anfang 2020 jährlich 2 Milliarden Franken zusätzlich in das Sozialwerk gepumpt werden (STAF-Vorlage). Eine Bluttransfusion, ohne die eigentliche Blutung zu beheben, quasi.

Am 25. September stimmen wir über die Reform AHV 21 ab. Wie beurteilen Sie die Vorlage aus Sicht des Arbeitgeberverbandes? Es ist ein guter Kompromiss. Die Arbeitgeber haben sich stets dafür ausgesprochen, dass die AHV von einer reinen Finanzspritze wekommt. Das heisst, es braucht strukturelle und finanzielle Massnahmen. Mit der Flexibilisierung des Rentenalters, der Angleichung des Referenzalters für Frauen und den Zusatzeinnahmen durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer ist das gelungen. Entsprechend stehen wir hinter der Vorlage und unterstützen sie, wie übrigens auch die anderen beiden Dachverbände Economiesuisse und Gewerbeverband.

Die letzte grosse AHV-Reform gelang vor 25 Jahren. Was braucht es, dass die AHV 21 erfolgreich ist?

Am wichtigsten scheint mir das Bewusstsein der Bevölkerung für die Notwendigkeit dieser Vorlage. In den letzten 25 Jahren ist man ohne Reform durchgekommen, was von den Gegnern ja auch immer gerne ins Feld geführt wird. Nur müssen wir uns vor Augen halten: Wir haben wirtschaftlich eine unglaublich gute Zeit erlebt, mit schönen Wachstumsraten und einer hohen Zuwanderung. All das hat die AHV zusammen mit der Zusatzfinanzierung über Wasser gehalten. Sobald diese Entwicklung aber nachlässt – und die Zeichen stehen im Moment nicht sonderlich positiv –, brechen die Zahlen der AHV ein wie ein Kartenhaus. Wir müssen der Bevölkerung also klarmachen: Ein Nein heisst, dass wir ohne Lösung dastehen.

Kann die AHV 21 die erste Säule stabilisieren?

Kurzfristig ja. Durch die Kombination aus strukturellen und finanziellen Massnahmen verstärken sich die einzelnen Elemente gegenseitig, was für die AHV-Finzen stabilisierend wirkt. Darüber hinaus sind wir uns aber einig: Die erste Säule hat durch die steigende Lebenserwartung und die demografische Entwicklung ein langfristiges Problem, das sich entsprechend auch nur langfristig beheben lässt. Die aktuelle Reformvorlage ist daher ein erster wichtiger Zwischenschritt, den es

dringend braucht. Im Anschluss müssen wir aber einen Reformrhythmus etablieren, um auf Veränderungen von aussen reagieren zu können. Entsprechend hat das Parlament den Bundesrat beauftragt, bis Ende 2026 erneut eine Vorlage aufzulegen.

Reformgegner rücken eine scheinbare Benachteiligung der Frauen ins Zentrum. Ist das gerechtfertigt?

Auf keinen Fall! Die Linken sind in ihren ideologischen Mustern derart verfangen, dass sie die Realität aus den Augen verloren haben: Die Reform hilft genau denjenigen Frauen am meisten, für die sich die Gegner sonst gerne starkmachen. Zwei Beispiele: Wenn jemand Beitragslücken hat, zum Beispiel wegen eines Erwerbsunterbuchs, ist das im heutigen System unwiederbringlich verloren. Mit der AHV-Reform hingegen kann man verlorene Beitragsjahre nachholen und so eine lebenslange Rentenkürzung vermeiden. Zweites Beispiel: Innerhalb der neun Jahrgänge der Übergangsgeneration hat jede Frau die Wahl: Sie kann entweder länger arbeiten und erhält einen lebenslangen Rentenzuschlag von bis zu 1920 Franken pro Jahr, oder sie kann sich mit massiv tieferen Kürzungssätzen als bisher weiterhin im Alter 64 pensionieren lassen. Damit haben wir eine Reform, die erreicht, was es braucht: zielgerichtete Zusatzmassnahmen für die tatsächlich Betroffenen statt Rentenerhöhungen für alle nach dem Giesskannenprinzip.

Als Verbandsexperte haben Sie eine Aussensicht auf die Politik. Ist der Handlungsbedarf bei den Sozialversicherungen genügend erkannt?

Ich denke nicht, dass es am Erkennen des Handlungsbedarfs mangelt, sondern an den daraus abgeleiteten Konsequenzen. Eigentlich sind sich alle einig, dass es Lösungen braucht. Sobald man aber konkret wird, geht der Streit los. Vielleicht ist das ein Grunddilemma: Wenn wir den Generationen nach uns kein Desaster hinterlassen wollen, müssen wir heute Massnahmen ergreifen, die stellenweise schmerzen, und eben nicht nur darüber diskutieren. Für die Altersvorsorge bietet die AHV-Reform eine gute Chance.

Was wünschen Sie sich für die Zukunft der Schweizer Altersvorsorge?

Im Kern haben wir bei der Altersvorsorge ein abstruses Problem: Die Welt entwickelt sich weiter, die Lebenserwartung steigt, die Arbeitsmodelle verändern sich. Die Vorsorge aber bleibt in ihrem gesetzlichen Korsett verhaftet. Das ist, als würde man die Schwerkraft per Gesetz verbieten wollen, es funktioniert einfach nicht! Ich würde mir daher wünschen, dass man Mittel und Wege findet, um aus dem ewigen Reformstau zu entfliehen.

Interview: Marco Wölfli



AHV jetzt für die nächsten Jahre sichern

Ja zur AHV 21

Am 25. September stimmen wir über die Revision der AHV ab. Wir müssen jetzt handeln, wenn wir unser wichtigstes Sozialwerk nicht an die Wand fahren wollen.

In den nächsten Jahren schreibt die AHV rote Zahlen. Die Gründe sind offensichtlich: Wir leben beinahe zehn Jahre länger als bei Einführung der AHV und beziehen entsprechend länger eine Rente. Das braucht – ganz banal – mehr finanzielle Mittel, wenn man die Renten nicht kürzen will. Das Verhältnis von denjenigen, die in die AHV einzahlen – den Erwerbstätigen –, zu denjenigen, die eine Rente beziehen, verschlechtert sich zudem laufend. 1948 kamen auf einen Rentner noch sechseinhalb Erwerbstätige, heute sind es noch gut drei. Die Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben wird deshalb bereits 2025 ins Negative kippen. Und ab 2032 klafft im AHV-Topf eine Lücke von 18,5 Mrd Franken. Kurz gesagt: Wenn wir nichts tun, dann fehlt dieser Betrag, um laufende Renten auszubezahlen.

AHV 21 bringt Ausgleich bis 2030

Mit der AHV 21, der vom Parlament mit einer Mehrheit von SVP bis glp beschlossenen Reform, soll die AHV zumindest bis 2030 im Gleichgewicht gehalten werden. Sie sieht Massnahmen sowohl auf der Finanzierungs- als auch auf der Leistungsseite vor: Die Erhöhung der Mehrwertsteuer um 0,4 Prozentpunkte und die etappenweise Angleichung des Rentenalters der Frauen an jenes der Männer. Zudem wird die vollständige Flexibilisierung beim Bezug der AHV eingefügt.

Diese Lösung ist fair und ausgewogen. Durch die Finanzierung über die Mehrwertsteuer tragen

alle Altersgruppen zur Stärkung der AHV bei, auch die Rentnerinnen und Rentner. Man verzichtet somit darauf, die Lohnabzüge zusätzlich zu erhöhen, was angesichts der steigenden Teuerung, aber auch um eine Schwächung unseres Wirtschaftsstandorts zu verhindern, richtig ist.

Gleiches Rentenalter für Mann und Frau

Auch die Angleichung des Rentenalters der Frauen an jenes der Männer ist nötig und schon länger an-

gezeigt. Dies sowohl aus sachlichen Gründen als auch aus Gründen der Gleichstellung. Frauen leben im Durchschnitt vier Jahre länger als Männer und beziehen entsprechend länger eine Rente. Es gibt bei der AHV auch keinen sogenannten «gender pension gap», eine Rentenlücke, die durch das Geschlecht erklärbar wäre. AHV-Renten von Männern und Frauen sind dank der bei der zehnten AHV-Revision eingeführten Massnahmen nicht unterschiedlich hoch. Und schliesslich geht es nicht an, gleiche Rechte für Mann und Frau zu fordern, bei den Pflichten aber nach wie vor auf Privilegien zu pochen.

Fairer Ausgleich

Das Parlament hat aber erkannt, dass die Rentenaltererhöhung für Frauen, die kurz vor der Pensionierung stehen, ein einschneidender Eingriff in ihre persönliche Lebensgestaltung ist. Es hat deshalb Ausgleichsmassnahmen für eine Dauer von neun Jahren beschlossen: Frauen mit sehr tiefen Löhnen werden sogar zu gleichen oder sehr privilegierten Konditionen ihre Rente vorbezogen und nach wie vor mit 64 in Pension gehen können. Arbeiten sie bis zum Alter 65, erhalten sie einen Zuschlag und damit eine höhere Rente. Die Lösung ist also sozial austariert.

Die letzte AHV-Revision fand 1997 statt, seither sind alle Reformvorhaben gescheitert. Es ist dringend nötig, dass wir heute Verantwortung übernehmen und die Lösung des Problems nicht auf die nächste Generation abschieben. Die AHV 21 ist ausgewogen und zielführend. Ich stimme deshalb mit Überzeugung Ja. Übrigens zweimal Ja: zur Erhöhung der Mehrwertsteuer und zu den nötigen Gesetzesanpassungen.

Regine Sauter
Nationalrätin ZH



Quelle: Bundesamt für Sozialversicherungen



Für eine langfristig sichere Schweiz

Sicherheitspolitische Forderungen der FDP

Die Schweizer Armee muss sich wieder stärker auf den Kernauftrag ausrichten. Foto: VBS/Philipp Schmidli

Bevölkerungs- und Zivilschutz

Dem Zivil- und dem Bevölkerungsschutz kommt eine besondere Rolle beim Schutz der Schweizer Bevölkerung vor Gefahren bzw. deren Bewältigung zu. Um diese Rolle pflichtgemäss ausführen zu können, müssen die personellen und finanziellen Ressourcen sichergestellt und gezielter auf den Kernauftrag ausgerichtet werden. Den beiden Organisationen müssen die technischen Mittel zur Verfügung gestellt werden, um im Krisenfall die Bevölkerung bedarfsgerecht informieren zu können.

Technologie und Cybersicherheit

Der Schutz vor Cyberrisiken ist von strategischer Bedeutung und gezielt zu verstärken. Die FDP fordert eine fokussierte neue Cyberstrategie sowie eine zweckmässige Organisation der Mittel in einem Bundesamt. Der Bund ist in der Verantwortung, dafür zu sorgen, dass seine eigenen zivilen Systeme vor Cyberangriffen geschützt sind. Die Cyberbedrohung hat einem vierten Möglichkeitsraum (Wasser, Land, Luft und Cyberraum) geschaffen, den es im Konfliktfall zu verteidigen gilt.

Verteidigungspolitik

Um optimal auf neue Bedrohungen vorbereitet zu sein, muss das Denken in Szenarien in der Planung Einzug finden. Damit eingehend braucht es die Evaluation der Leistungsfähigkeit unserer nachrichtendienstlichen Kapazitäten. Denn frühzeitige Informationen von Seiten des Nachrichtendienstes sind unabdingbar, um dynamische Situationen richtig einzuschätzen. Um in Krisenlagen handlungsfähig zu sein, ist das Armeebudget auf 7 Milliarden Franken und der personelle Sollbestand auf 120 000 Angehörige der Armee zu erhöhen. Ebenfalls ist die Igelmentalität, in welcher sich die Schweiz autonom schützt, veraltet und realitätsfremd. Die Schweiz muss enger mit der Nato kooperieren.

Internationales Engagement

Das Schweizer Neutralitätsverständnis basiert auf den Pfeilern Neutralitätsrecht und Neutralitätspolitik. Das Neutralitätsrecht besagt, dass die Schweiz nicht an einem Krieg teilnimmt, ihr Staatsgebiet zu schützen hat und Kriegsparteien gleich zu behandeln sind. Die Umsetzung der oben stehenden Pflichten, die Neutralitätspolitik, lässt mehr Interpretationsspielraum zu: So müssen wir den Spielraum nutzen, um im Verbund der demokratischen Länder agieren zu können. Dies durch ein flexibles und modernes Verständnis der Neutralität, dessen rechtlicher Kern aber erhalten bleibt. Bei eklatanten Verletzungen des Völkerrechts, der Souveränität und der territorialen Integrität eines Landes muss die Schweiz klar Position beziehen und Sanktionen der UNO, der OSZE sowie ihrer wichtigsten Handelspartner solidarisch mittragen. Die Schweiz hat viel Erfahrung und Glaubwürdigkeit in der Mediation, den Guten Diensten und allgemein in der Friedensförderung. Das internationale Genf spielt hierbei eine wichtige Rolle. Dieses Engagement ist weiterzuführen und zu intensivieren.

Versorgungssicherheit

Aufgrund der aktuellen Krisen und zugunsten einer besseren Vorbereitung muss überprüft werden, ob alle für die Bevölkerung und die Wirtschaft relevanten Ressourcen gelagert werden und ob die vorgegebenen Kapazitäten ausreichen. Denn in Krisenzeiten kann die Versorgungskette von kritischen Gütern und Dienstleistungen schnell unterbrochen werden. Der Staat muss ideale Handelsbeziehungen aufbauen, um bei der Versorgung mit kritischen Gütern nicht nur von einem Handelspartner angewiesen zu sein.

QR-Code scannen
und das ganze
Forderungspapier lesen.





«Hart, aber fair»

Forderungen der FDP in der Migrationspolitik

Die Migrationspolitik rückte zuletzt in den Fokus. Mit einem aktualisierten Forderungspapier unter dem bewährten Leitmotiv «Hart, aber fair» steht die FDP für einen konsequenteren Vollzug des Asylgesetzes sowie eine unbürokratische Personenfreizügigkeit mit der EU ein.

Die aktuelle Migrationspolitik wird neben den bereits bestehenden Herausforderungen zusätzlich durch unvorhersehbare Krisen wie den Krieg in der Ukraine geprägt. Die FDP steht vor diesem Hintergrund weiterhin konsequent für eine harte, aber faire Migrationspolitik ein, die der langjährigen humanitären Tradition der Schweiz gerecht wird. Die Schweiz soll im Asylbereich nur denjenigen Schutz gewähren, denen im Sinne der Asylgesetzgebung und der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 auch Schutz zusteht. Für den Arbeitsmarkt und die Unternehmen in der Schweiz ist der Erhalt der Personenfreizügigkeit mit den EU- und den EFTA-Staaten und daraus folgend eine stabile Beziehung mit der EU essenziell. Wichtiger Bestandteil davon ist die unkomplizierte Bewegungs- und Niederlassungsfreiheit innerhalb Europas. Aufgrund des anhaltenden Fachkräftemangels ist es zudem wichtiger denn je, dass die Schweiz mittels der optimalen Ausschöpfung der Drittstaatenkontingente auch in Zukunft auf hochqualifizierte Arbeitskräfte aus Nicht-EU-Staaten zählen kann.

Asylbereich

Vollzug verbessern und den Rückkehrbereich fördern

Asylsuchende, die nur infolge wirtschaftlicher Gründe auf der Flucht sind, sollen keinen Schutz in der Schweiz erhalten. Als Begleitmassnahme soll die Anzahl der «Safe Countries» und die Anpassung der Kriterien für die Definition eines Safe Country regelmässig überprüft werden. Resettlement-Programme sollen nur bei möglichen Kapazitäten in der Schweiz bewilligt werden. Bezüglich des Schutzstatus S sind die Lehren aus dem Krieg in der Ukraine zu ziehen. Den Schutzbedürftigen soll nach wie vor rasch Schutz geboten werden. Jegliche Fehlanreize gilt es zu beseitigen, und der Schutzstatus soll seinem Wesen gemäss Rückkehrorientiertheit ausgestaltet werden. Zudem fordert die FDP eine engere Zusammenarbeit mit der EU im Bereich der Rücknahmeabkommen. Die Förderung der freiwilligen Rückkehr muss vorangetrieben werden. Das fordert auch, die Zusammenarbeit mit Frontex zu verstärken (z.B. Nutzung der organisierten Rückflüge) und Sanktionen für nicht kooperative Herkunftsländer konsequent zu vollziehen.

Drittstaaten

Familiennachzug begrenzen und Integrationsanforderungen stärken

Das bestehende Kontingentsystem muss reformiert bzw. modernisiert werden, damit auf die Bedürfnisse der Schweizer Wirtschaft und spezifisch der Jungunternehmen besser eingegangen wird. Dafür fordert die FDP mittels Zulassungserleichterungen für Drittstaatsangehörige mit Schweizer Hochschulabschluss bedarfsorientierte und Start-upfreundliche Lösungen in der Praxis. Zudem muss die Einwanderung in die Sozialsysteme verhindert werden. Ziel ist die reibungslose Integration für Drittstaatsangehörige, welche den Erwerb einer Landessprache und die Einbindung in den hiesigen Arbeitsmarkt bedingt. Auch der kostspielige Familiennachzug darf weiterhin nur unter strengen Bedingungen gewährt werden und insbesondere nur bei Abschluss von strikten Integrationsvereinbarungen.

EU/EFTA

Bilaterale sichern und Missbräuche bekämpfen

Die Schweiz braucht eine unbürokratische Personenfreizügigkeit mit der EU. Umso wichtiger sind der Erhalt und die Weiterentwicklung der institutionellen Beziehungen, die den Grundstein für Innovation und Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft legen. Genauso wichtig ist das Dublin-Abkommen. Asylsuchende, die bereits in einem anderen Dublin-Staat ein Asylgesuch gestellt haben, müssen konsequent zurückgeführt werden, damit unser Asylsystem nicht überfordert wird. Die Schweiz trägt ihrerseits zur Sicherung der EU-Aussengrenzen und zur Entwicklung eines fairen Verteilschlüssels in den Dublin-Staaten bei.

QR-Code scannen und das ganze Forderungspapier lesen.



Tag der FDP

Gemeinsam feiern wir am 22. Oktober in Burgdorf



**Melden Sie
sich jetzt an!**

fdp.ch/agenda/tag-der-fdp

FDP
Die Liberalen

Bundesrätin Karin Keller-Sutter lässt den Schutzstatus S evaluieren. Foto: Jon Trachsel



«Entwicklung in der Ukraine ist massgebend»

Bundesrätin Karin Keller-Sutter im Interview

Sechs Monate nach Beginn des Krieges in der Ukraine spricht Bundesrätin Karin Keller-Sutter über die Aufnahme der ukrainischen Flüchtlinge und die Solidarität der Schweizer Bevölkerung.

Vor sechs Monaten kamen die ersten ukrainischen Flüchtlinge in die Schweiz. Wie ist die Lage heute? Über den Sommer nahm die Zahl der neu ankommenden Geflüchteten auf etwa 100 pro Tag ab. Zu Beginn waren es in der Spitze bis zu 1800 Personen pro Tag. Die Situation hat sich inzwischen beruhigt. Der Zustrom von Geflüchteten hängt jedoch vom Kriegsverlauf und den Lebensbedingungen in der Ukraine ab und kann sich deshalb zum Beispiel im Herbst wieder ändern.

Mit welcher Entwicklung rechnen Sie im Herbst?

Ich möchte nicht spekulieren. Wichtig ist, dass sich die Behörden auf verschiedene Szenarien vorbereiten. Wie bereits erwähnt, spielt der Kriegsverlauf hier die zentrale Rolle. Weitere Faktoren sehe ich bei der Energieversorgung in der Ukraine oder der Weiterwanderung von Schutzsuchenden aus den Nachbarstaaten der Ukraine. Auch die Zahl der regulären Asylgesuche dürfte tendenziell zunehmen. Der Migrationsdruck ist insgesamt deutlich angestiegen. Auf der anderen Seite bereiten wir uns schon jetzt auf eine allfällige Rückkehr der Geflüch-

teten aus der Ukraine vor. Schon vor den Sommerferien habe ich dem SEM den entsprechenden Auftrag dazu erteilt.

Zu Beginn ging es darum, dass alle Flüchtlinge ein Dach über den Kopf und den Schutzstatus S gekriegt haben. Welche Herausforderungen stellen sich heute? Die Unterbringung ist ein Dauerthema. Die Zuständigkeit liegt hier bei den Kantonen. Mittelfristig müssen sich das SEM und die Kantone darauf vorbereiten, dass die Anzahl täglich neuankommender Personen aus der Ukraine wieder ansteigen könnte. Weitere Herausforderungen sind die Integration in den Arbeitsmarkt sowie auch die Frage der Rückkehr.

Was kann unternommen werden, um die Erwerbsquote der Ukrainerinnen und Ukrainer zu erhöhen? Schon heute arbeitet knapp jede 10. Ukrainerin beziehungsweise jeder 10. geflüchtete Ukrainer. Dieser Wert ist höher als bei anderen Flüchtlingen. Es gilt zu bedenken, dass 75 Prozent der Geflüchteten im erwerbsfähigen Alter Frauen

sind, die auch Betreuungsaufgaben erfüllen müssen. Es ist mir wichtig, dass wir hier im engen Kontakt mit der Wirtschaft arbeiten. Die Sozialpartner treffe ich deshalb regelmässig.

Wie sieht die langfristige Strategie im Umgang mit den Ukraine-Flüchtlingen aus? Der Status S ist rückkehrorientiert und auf ein Jahr befristet, also bis März 2023. Der Bundesrat wird entscheiden, ob er den Status S verlängert oder aufhebt. Bereits Ende Juni habe ich den Auftrag erteilt, alle rechtlichen, organisatorischen und logistischen Fragen zu klären, unter welchen Umständen und wie die Menschen dereinst zurückkehren können. Wie bei der Aktivierung des Status S braucht es auch bei dessen Aufhebung eine enge Koordination auf europäischer Ebene.

Besteht die Gefahr, dass die grosse Hilfsbereitschaft der Schweizer Bevölkerung abnimmt? Bis jetzt stelle ich weiterhin eine grosse Solidarität und Hilfsbereitschaft fest. Wichtig ist, dass es keine Missbräuche gibt, gerade in der Sozialhilfe. Wir arbeiten daran, an der EU-weiten Registrierungsplattform teilnehmen zu können. Die Plattform erlaubt einen Abgleich der Daten zwischen den Schengen-Staaten, um zu sehen, ob jemand schon in einem anderen Staat einen Schutzstatus hat. Gleichzeitig ist es wichtig, dass die Kantone mit geeigneten Massnahmen dafür sorgen, dass niemand Sozialhilfe bezieht, der dazu nicht berechtigt ist.

Ist der Schutzstatus S auch für künftige Flüchtlingsbewegungen gemacht oder muss er reformiert werden? Der Status S ist die Ausnahme und nicht die Regel. Er wurde für die kollektive Aufnahme von Kriegsflüchtlingen geschaffen, die schnell und unbürokratisch den vorübergehenden Schutz der Schweiz brauchen. Für Personen, die eine individuelle Verfolgung geltend machen, bleibt das ordentliche Asylverfahren die Regel. Da wir den Status S zum ersten Mal anwenden, habe ich bereits im Mai eine Evaluationsgruppe eingesetzt, die im Juli ihre Arbeit aufgenommen hat. Sie prüft, inwiefern sich der rechtliche Rahmen des Status S bewährt hat. Die Evaluationsgruppe wird bis Ende Juni 2023 eine Analyse des rechtlichen Handlungsbedarfs und Spielraums vornehmen. Ich erwarte einen Zwischenbericht bis Weihnachten.

Interview: Marco Wölfli

Interview

Nationalrat Philippe Nantermod befasst sich als Mitglied der Gesundheitskommission intensiv mit der Gesundheitspolitik. Foto: Désirée Dittes



Der Schweiz drohen nächstes Jahr schmerzhaft Erhöhungen der Krankenkassenprämien. Parteivizepräsident und Nationalrat Philippe Nantermod zeigt auf, was die FDP in diesem Bereich unternimmt, weshalb es mehr Wettbewerb braucht und welche Verantwortung Gesundheitsminister Alain Berset trägt.

Müssen wir nächstes Jahr mit einem deutlichen Prämienanstieg rechnen? Leider ja. Im Jahresvergleich sind die Gesundheitskosten im ersten Quartal 2022 um fast sieben Prozent gestiegen. Diese Entwicklung wird sich unweigerlich in den Prämien niederschlagen.

Was unternimmt das Parlament in Bezug auf die Gesundheitskosten? Das Parlament versucht zu handeln, doch es ist nicht einfach, die richtigen Hebel zu betätigen, und Gesetzesänderungen benötigen Zeit. Immerhin haben wir erreicht, dass die Medikamentenpreise durch erleichterte Parallelimporte sinken. Ebenso die Kosten für medizinische Eingriffe durch die Einführung von Fallpauschalen im ambulanten Bereich sowie weitere Massnahmen für Kostendämpfungen, zum Beispiel bei Laboranalysen.

Mitte und SP propagieren ihre Volksinitiativen als taugliche Lösungen. Was hältst du davon? Die Mitte fordert, dass die Kosten gedeckelt werden sol-

len, ohne zu sagen, wie dies zu erreichen ist. Eine starre Umsetzung müsste die Pflege rationieren, was zu Qualitätseinbussen führen würde. Ergreift man zu wenig Massnahmen, wird das Ziel nicht erreicht. Die Initiative der SP dagegen hat keinen Einfluss auf die Kosten, das geben sie selbst zu. Es geht einzig um die Verteilung der Kosten auf die Versicherten.

Was unternimmt die FDP? Unsere Vorschläge sind weniger spektakulär als Volksinitiativen, aber sie wirken sich konkret auf die Kosten aus. Die oben aufgeführten Massnahmen bezüglich Medikamente, Pauschalen im ambulanten Bereich und Laboranalysen wurden von der FDP initiiert. Es gibt nicht die eine Zauberformel zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen, sondern einen Strauss von Massnahmen, die den Anstieg bremsen.

Sind liberale Lösungen im Gesundheitsbereich überhaupt möglich? Das ist eine gesellschaftliche Entscheidung, aber ich bin davon überzeugt. Es

«Die Gesundheitskosten sind im ersten Quartal 2022 um fast sieben Prozent gestiegen.»

fehlt an Wettbewerb im Gesundheitswesen. Es braucht Wettbewerb, der auf Qualität und Preisen beruht. Ein Wettbewerb, der ausserdem den Versicherten mehr Wahlmöglichkeiten hinsichtlich des Umfangs ihrer Versicherung zusteht.

Alle Akteure im Gesundheitswesen verfolgen ihre eigenen Interessen. Wo muss man zuerst handeln?

Es ist normal, dass die verschiedenen Akteure ihre Interessen verfolgen. Man darf einfach nicht vergessen, dass die Aufgabe der Krankenversicherung ist, Leistungen zum bestmöglichen Preis zu erbringen und nicht Einnahmen der Leistungserbringer zu garantieren. Die Politik muss dafür sorgen, dass die Akteure im Gesundheitswesen in Konkurrenz miteinander stehen.

Welche Verantwortung trägt Gesundheitsminister Alain Berset?

Er hätte die Möglichkeit, innovative Rezepte vorzuschlagen. Leider sind die Vorschläge aus der Verwaltung oft sehr etatistisch geprägt. Das war zum Beispiel bei den Referenzpreisen für Medikamente der Fall, obwohl es Methoden gäbe, die sich auf dem freien Markt bereits bewährt haben. Ich bedaure, dass das EDI so zögerlich vorgeht und keine mutigen Massnahmen vorantreibt.

Wie kann die FDP ihre Forderungen im Parlament umsetzen?

Leider haben wir nicht viel mehr Handlungsmöglichkeiten als Änderungen an den Gesetzesvorschlägen des Bundesrates vorzuschlagen. Aber das ist immerhin etwas.

Wie sieht das Schweizer Gesundheitssystem in zehn Jahren aus?

Entweder wird es liberaler und stärker auf Eigenverantwortung und Freiheit ausgerichtet sein oder staatlich und dirigistisch geprägt. Im ersten Fall wird es vielleicht teurer, aber die Kosten werden von jenen getragen, die dies wollen, und die Qualität bleibt erhalten. Im zweiten Fall kann man vielleicht Einsparungen erzielen, dies aber zum Nachteil der Versicherten und der Kranken.

Interview: Marco Wölfli

Damian Meier will Kaspar Michel im Schwyzer Regierungsrat beerben.



Damian Meier mit seiner Familie.



Als Regierungsratskandidat bei einer Standaktion auf dem Hauptplatz in Schwyz.

Die FDP Schwyz will mit Polizeikommandant Damian Meier den Regierungsratssitz des zurückgetretenen Kaspar Michel verteidigen. Neben einer guten Vereinbarkeit von Beruf und Familie will sich Meier insbesondere für mehr Arbeitsplätze im Kanton einsetzen.

Am 25. September sind im Kanton Schwyz ausserordentliche Wahlen angesagt: Weil mit Kaspar Michel (FDP) und Andreas Barraud (SVP) per Ende 2022 gleich zwei Mitglieder aus der Schwyzer Regierung austreten, wird die Bevölkerung an die Urne gebeten. Die FDP Kanton Schwyz schickt mit Damian Meier einen Topkandidaten ins Rennen. Ein Spaziergang wird die Wahl für ihn deshalb aber nicht. Schon früh hat sich nämlich eine Kampfwahl abgezeichnet. Die Linke will ihren einst verlorenen Sitz zurückerobern. Ausserdem macht neu auch die GLP einen Sitzanspruch geltend. Und schliesslich haben nebst einem SVP-Kandidaten auch noch zwei Parteilose auf dem Kandidatenkarussell Platz genommen.

Polizeikommandant und Familienmensch

Wer aber ist dieser Damian Meier, den die Schwyzer Freisinnigen ins Rennen schicken? Ursprünglich aus dem Kanton Luzern stammend, zog Meier mit seiner Frau und den zwei Töchtern vor acht Jahren in den Hauptort Schwyz. Hier kamen zwei

weitere Mädchen zur Welt. «Wir fühlen uns sehr wohl im Kanton Schwyz und haben Land und Leute so richtig in unsere Herzen geschlossen», sagt Meier. In seiner Funktion als Kommandant der Kantonspolizei Schwyz sorgt er mit seinem 330-köpfigen Korps seit acht Jahren für die Sicherheit der Bevölkerung. Seinen Beruf übt Meier mit Herzblut aus – trotzdem verspürt er den Wunsch, den Kanton Schwyz noch stärker gestalten zu können. Das Amt in der kantonalen Exekutive böte die perfekte Gelegenheit dazu. Dass der 48-Jährige die ideale Besetzung für das Regierungsgremium ist, daran lässt der Parteivorstand keinen Zweifel offen. «Damian Meier erfüllt alle Voraussetzungen für dieses anspruchsvolle Amt», sagt Parteipräsident Urs Rhyner. «Er verfügt über eine lange politische Erfahrung und ist durch und durch liberal. Freiheit ist ihm ein zentrales Anliegen.»

Mehr Arbeitsplätze für Schwyz

Privat steht bei Damian Meier die Familie an erster Stelle. Das Thema Familie prägt denn auch

seine politische Agenda. «Als Ehemann und vierfacher Vater weiss ich um die Herausforderungen, mit denen sich Familien im Kanton Schwyz konfrontiert sehen», sagt er. Er spricht sich deshalb für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, für eine gute Volksschule und für sichere Schulwege aus. «Wir müssen zudem Sorge zur Umwelt tragen, damit die nächsten Generationen unsere wunderbare Landschaft ebenso geniessen können wie wir», so Meier weiter. Ihm lägen aber auch die Arbeitsplätze im Kanton am Herzen. Der negativen Pendlerbilanz sei konsequent der Kampf anzusagen. «Wir müssen Gewerbe und Unternehmungen weiter entlasten, sie weniger regulieren und die unternehmerische Freiheit in den Vordergrund stellen.» Weniger bürokratische Hürden begünstigten die Schaffung von mehr Arbeitsplätzen im Kanton Schwyz.

Zu guter Letzt will sich Meier auch für einen verantwortungsvollen Umgang mit den Steuergeldern einsetzen. «Der Staat soll nicht Geld auf der hohen Kante haben, sondern seine aktuellen Überschüsse sinnvoll und zugunsten einer Steigerung der Lebensqualität einsetzen oder aber sie den Steuerzahlern via weitere Steuersenkungen zurückgeben», ist er überzeugt.

FDP. Die Liberalen Kanton Schwyz

Blick über die Altstadt und den See – Sinnbild für die Zuger Lebensqualität. Foto: Zug Tourismus



(Noch) mehr Lebensqualität für Zug

FDP ist bereit für den grossen Wahltag

Am 2. Oktober finden in Zug kantonale und kommunale Wahlen statt. Die FDP tritt mit motivierten Kandidierenden an und Kantonalparteipräsident Cédric Schmid zeigt sich zuversichtlich, was den Wahlausgang angeht.

Rankings, die die Lebensqualität von Städten und Regionen messen, gibt es viele. Was sie gemein haben, ist, dass Stadt und Kanton Zug fast immer einen Spitzenplatz belegen. Der kleine Inner-schweizer Kanton punktet nicht nur mit seiner Wirtschaftskraft, sondern auch mit idyllischer Landschaft und hervorragender Infrastruktur. Die FDP Zug will, dass diese hohe Lebensqualität den Kanton auch in Zukunft auszeichnet, und stellt Lebensqualität ins Zentrum des Wahlkampfes. «Die FDP ist verantwortlich, dass die Lebensqualität in Zug so hoch ist, und wir versprechen, sie auch weiterhin hochzuhalten», sagt Cédric Schmid, Präsident der FDP Kanton Zug. Die vielen KMU, die guten Bildungsinstitutionen und die bürgerfreundliche Verwaltung seien ausschlaggebend für die Lebensqualität in Zug.

Persönlicher Wahlkampf der Kandidierenden

Am 2. Oktober erwartet die Zugerinnen und Zuger ein grosser Wahltag. Neben Kantonsrat und Regierung werden auch in den Gemeinden neue Stadt- und Gemeinderäte gewählt. Cédric Schmid freut sich, dass die FDP im Kanton Zug mit vollen Listen antreten kann: «Wir wollen Kandidierende, die sich stark engagieren, das ist uns gelungen.» Für

den Präsidenten der Kantonalpartei ist es wichtig, dass die Kandidierenden einen persönlichen Wahlkampf führen. «Die Kandidatinnen und Kandidaten sollen ihre Stärken und persönlichen Qualitäten in den Vordergrund stellen. Wir wollen keine Schauspieler», betont Schmid. Die FDP Zug verbindet ihre Kernaussage «Lebensqualität» mit Freiheit, Gemeinsinn, Fortschritt und Eigenverantwortung. Darunter fallen Forderungen wie zeitgemässe Arbeitsstrukturen, eine wirksame Klima- und Energiepolitik oder eine Stärkung des Arbeitsplatzes Zug. Auch Digitalisierungsthemen spielen in Zug eine grosse Rolle und die FDP sieht sich als Vorreiterin. Schmid sieht insbesondere grosses Potenzial bei Blockchain-Technologien: «Die FDP setzt sich für Zug als Blockchain-Standort ein, da es bereits heute viele Akteure in diesem Bereich gibt und sich künftig noch mehr Möglichkeiten bieten.»

Bekommt Zug die erste Stadtpräsidentin?

Bei den Regierungsratswahlen treten die bisherigen freisinnigen Regierungsräte Andreas Hostettler und Florian Weber wieder an. Das sei ein Glücksfall für Zug und die FDP, so Schmid. «Andreas Hostettler hat mit seiner Ukraine-Politik und



Cédric Schmid, Präsident FDP Zug.

der schnellen Aufnahme der ankommenden Flüchtlinge grosses Herz gezeigt. Florian Weber macht einen guten Job beim Ausbau der Infrastrukturen für Verkehr, Gebäude und Energieversorgung. Ihm haben wir zudem zu verdanken, dass es in Zug trotz vielen Pendlern wenig Stau gibt.» Bei den Kantonsratswahlen tritt die FDP mit 48 Kandidierenden an und möchte die heutige Sitzzahl von 16 auf 19 Mandate erhöhen. Schmid zeigt sich optimistisch, dass sogar mehr drin liegt. Ein Ziel sei es, je nach Zählweise zur stärksten Kraft im Kanton aufzusteigen. Ein besonderes Augenmerk liegt auch auf den Wahlen in der Stadt Zug. Dort möchte Eliane Birchmeier die erste Stadtpräsidentin in der Geschichte der Kantonshauptstadt werden. Mit dem breiten Kandidatenfeld und einem schlagkräftigen Wahlkampfteam ist die FDP Zug gut aufgestellt, die Lebensqualität in Zug weiterhin hochzuhalten.

Marco Wölfli

Von einem Ja zur Verrechnungssteuerreform profitiert auch die öffentliche Hand. Foto: iStock/marchmeena29

«Für einen starken Standort Schweiz»

Ja zur Verrechnungssteuerreform

Mit der Reform der Verrechnungssteuer können Finanzierungsaktivitäten und Arbeitsplätze in die Schweiz zurückgeholt sowie die Steuereinnahmen erhöht werden. Grund genug für ein Ja am 25. September.

Das Volumen an inländischen Anleihen ist rückläufig und das ist ein hausgemachtes Schweizer Problem. Uns entgehen wichtige Einnahmen, Arbeitsplätze und Umsätze. In den vergangenen zwölf Jahren ist dieses Geschäft um mehr als die Hälfte geschrumpft – während es in anderen Ländern wächst.

Grund dafür ist die Verrechnungssteuer auf Obligationen. Konkurrierende Wirtschaftsstandorte kannten noch nie eine solche Steuer. Ein Beispiel hierfür ist Luxemburg. Im Verhältnis zum Bruttoinlandprodukt gibt Luxemburg 190-mal mehr Anleihen heraus als die Schweiz. Den Schaden trägt die Schweiz, welcher nicht nur Wertschöpfung verloren geht, sondern auch Steuereinnahmen.

Wertschöpfung in vielen Bereichen

Bundesrat und Parlament wollen diese Benachteiligung der Schweiz nicht mehr länger hinnehmen und ihre Einnahmen verbessern und die Wertschöpfung in der Schweiz haben. Ihre Lösung ist denkbar einfach: Die Schweiz schafft die Verrechnungssteuer auf Obligationen ab. Damit schafft sie sich gleich lange Spiesse im internationalen Wett-

bewerb. Die Reform der Verrechnungssteuer ist dabei chirurgisch gezielt austariert. Sie beschränkt sich nämlich auf neue Anleihen. Das erlaubt es, Steuerausfälle bestehender Anleihen in Grenzen zu halten. Gleichzeitig führt die Reform zu Mehreinnahmen, weil neue Volumina entstehen. Der Bund rechnet schon nach fünf Jahren mit einer Zunahme an Steuereinnahmen von 350 Millionen Franken pro Jahr. Unter dem Strich bringt die Reform also mehr Wertschöpfung und mehr Steuereinnahmen. Davon profitieren alle. Ein belebter Kapitalmarkt kommt nämlich allen zugute. Bund und Kantone können günstiges Geld aufnehmen und profitieren also gleich doppelt. Sie nehmen mehr Steuern ein und können sich Zinskosten sparen. Aber auch Spitäler, ÖV-Betriebe und Energieunternehmen können dank der Reform ihre Finanzierungskosten senken. Dies ermöglicht auch dem Service public günstigere Investitionen.

Reform bringt Mehreinnahmen

Die Linke hat jedoch unverständlicherweise das Referendum gegen die Reform ergriffen. Sie argumentiert dabei mit temporären Ausfällen und lässt

die Mehreinnahmen an Steuern ausser Acht. Das ist unehrlich. Das Festhalten an der Verrechnungssteuer erhält den Nachteil für die Schweiz und wird ebenfalls zu sinkenden Einnahmen führen, denn die inländischen Anleihen werden auf diesem Weg weiter sinken und sinken und mit ihnen auch die Steuererträge.

Die Reform ist gerade jetzt von zentraler Bedeutung. Das internationale Steuerumfeld verschärft sich zusehends. Dabei werden wettbewerbsfähige Staaten wie die Schweiz immer mehr geschwächt, so auch durch die von grossen Industrie- und Schwellenländern durchgesetzte OECD-Mindestbesteuerung. Um die Attraktivität des Schweizer Wirtschaftsstandortes zu gewährleisten, müssen wir deshalb auch aus diesem Grund jetzt selbst verschuldete Steuernachteile abschaffen. Und die Verrechnungssteuer steht hier ganz oben. Die Reform erlaubt es uns, die wettbewerbsliche Standortschwächung durch die OECD-Mindeststeuer teilweise zu kompensieren.

Bei der Abstimmung über die Reform der Verrechnungssteuer am 25. September können wir ein Problem lösen. Wir können uns für mehr Steuereinnahmen und mehr Wettbewerbsfähigkeit aussprechen. Darum sage ich Ja zur Reform der Verrechnungssteuer und ermutige Sie, es mir gleichzutun.

Daniela Schneeberger, Nationalrätin BL

Die Schweiz verfügt bereits heute über die strengsten Tierschutzgesetze.



Tierwohl anders fördern

Nein zur Massentierhaltungsinitiative

Am 25. September kommt mit der Massentierhaltungsinitiative ein weiteres Volksbegehren zur Abstimmung, das sehr extrem ist: Alle tierischen Lebensmittel sollen aus einer Haltung stammen, die mindestens dem Bio-Standard entspricht. Wer das will, kann heute schon entsprechend einkaufen.

Ja natürlich, auch Nutztiere sollen ein gutes Leben haben und nicht leiden müssen. Darin sind wir uns wohl alle einig. Das Schweizer Tierschutzgesetz wurde seit seiner Einführung 1981 stetig weiterentwickelt. Von anfänglich rein quantitativem Tierschutz – also z. B. Mindestfläche pro Kuh – regelt es heute auch die qualitativen Aspekte des Tierwohls. Als einziges Land der Welt begrenzen wir zudem die maximale Anzahl Tiere pro Betrieb bei Hühnern, Schweinen und Kälbern. Die beiden agrarpolitischen Instrumente im Bereich Tierwohl «Besonders tierfreundliche Stallhaltung» und «Regelmässiger Auslauf im Freien» erfreuen sich grosser Beliebtheit. Dank ihnen gibt es zahlreiche Labelprodukte wie den IP Suisse-Käfer, die mit Mehrwert im Bereich Tierwohl punkten. Dazu kommen weitergehende Labels wie Bio Suisse, Demeter oder KAG Freiland, bei denen bei jeder Tierart z. B. auch Auslauf auf einer Weide garantiert ist. Also genau das, was die Massentierhal-

tungsinitiative unter anderem fordert. Bei zahlreichen Lebensmitteln ist zudem die Labelproduktion auf Stufe Landwirtschaft grösser als die Nachfrage dafür.

Auch Importe betroffen

Es macht aus liberaler Sicht keinen Sinn, ein bestehendes Angebot zur Pflicht zu machen und den Konsumentinnen und Konsumenten vorzuschreiben, wie sie einzukaufen haben und was sie essen sollen. Ebenso wenig soll ein privatrechtliches Label als Produktionsvorgabe in der Verfassung verankert werden. Ein weiterer Pferdefuss dieser Initiative ist die Importklausel. So müssten auch importierte tierische Lebensmittel aus Tierhaltungen stammen, die mindestens dem Bio-Suisse-Standard entsprechen. Der Bundesrat kam in seiner Botschaft zum Schluss, dass diese Umsetzung mit unseren internationalen Handelsverpflichtungen nicht vereinbar wäre. Von den sehr aufwendigen und kaum umsetzbaren Kontrollen ganz zu schweigen.

gen und kaum umsetzbaren Kontrollen ganz zu schweigen.

In seinem Gegenvorschlag verzichtete die Regierung deshalb darauf, die Importe miteinzubeziehen. Es ist also anzunehmen, dass die Vorgaben am Schluss nur bei der eigenen Produktion im Inland umgesetzt würden. Wettbewerbstechnisch wäre das für die Schweizer Bauernbetriebe ein grosser Nachteil, weil ihre Produkte ungleich teurer würden. Das Konsum- und Einkaufsverhalten wie auch die Preissensibilität der Bevölkerung ändert sich bei einem Ja zur Massentierhaltungsinitiative nicht automatisch mit. Mehr importierte Lebensmittel aus viel schlechteren Tierhaltungen und mehr Einkaufstourismus wären wohl die Konsequenzen. Davon hat niemand etwas – auch die Tiere nicht.

Da ich gegen eine staatliche Steuerung der Produktion unter Ausschluss jeglicher Marktrealität bin, werde ich bei der Massentierhaltungsinitiative überzeugt ein Nein in die Urne legen. Das Tierwohl können wir alle mit unserem täglichen Einkauf selbstverantwortlich weiterfördern.

Christa Markwalder
Nationalrätin BE

**Valérie wird
nächstes Jahr
18 Jahre alt.**



**Genauso lange warten wir auf die
Erhöhung der Grimsel-Staumauer.**



**Jetzt Petition für
mehr Wasserkraft
unterzeichnen!**

FDP
Die Liberalen



Libérale Rezepte für die städtische Wohnbaupolitik

Resolution der FDP Urban

Wohnen in der Stadt ist begehrt. Die Preise für Wohnungen sind entsprechend hoch, Wohnraum ist knapp. Die rot-grünen Rezepte sind gescheitert. Es braucht mehr liberale Lösungen für mehr privates Bauen.

Wohnen in den Städten ist sehr begehrt. Der Boden ist aber begrenzt, und die Preise sind entsprechend hoch. Während die rot-grünen Parteien ausschliesslich auf staatliche und gemeinnützige Bauträger setzen, sind es die Privaten, die weitaus am meisten Wohnungen bauen. Privates Bauen erleichtern und beschleunigen bedeutet somit, dass mehr Menschen Wohnungen mieten und kaufen können.

Mehr Wohnungen, Grünflächen und Lebensqualität

FDP Urban hat in einer neuen Resolution die Herausforderungen der Wohnbaupolitik analysiert. Darauf aufbauend stellen wir neun Forderungen, die in drei Kernbotschaften münden:

1. Umweltbewusst Wohnraum schaffen: Gebäude erhöhen und verdichten, ohne Grün- und Freiflächen zu zerstören
2. Bauen beschleunigen und vereinfachen: kurze Fristen, eine Ansprechstelle für die Bauherren und durchgängig digitale Prozesse
3. Aus Büros Wohnungen machen – und umgekehrt

Verdichten, Höherbauen und optimierte Ausnutzung sind die zentralen Hebel für mehr Wohnraum in den Städten. Die Akzeptanz dafür wächst, wenn die Städte nicht zubetoniert werden, sondern die Lebensqualität erhalten bleibt. Private Investoren schliesslich müssen willkommen sein und optimale Voraussetzungen zum Bauen vorfinden.

Parlamentarieranlass
13. September 2022, ab 18 Uhr in Bern



Die nächste Ausgabe des FDP-Urban-Parlamentarieranlasses widmet sich den Themen der Resolutionen: Wir diskutieren das Wohnen und die Mobilität in der Stadt mit Expertinnen und

Experten sowie liberalen Verantwortungsträgern aus den Schweizer Städten.

Falls Sie Interesse haben, an dieser Abendveranstaltung teilzunehmen, melden Sie sich bitte bei events@fdp-stadtbern.ch.



QR-Code scannen und die ganze Resolution lesen.



Um unseren Forderungen mehr Gewicht zu geben, haben wir eine Petition lanciert.

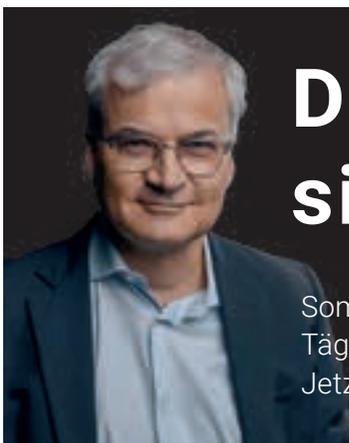
QR-Code scannen und Petition unterschreiben.

Nächster Halt: Mobilität in der Stadt

Auch die Verkehrspolitik bewegt die Städte. Auch dort braucht es liberale Rezepte, die das ungebrochene Mobilitätsbedürfnis der Menschen in Einklang bringen mit einer pulsierenden und lebenswerten Stadt. Eine weitere Resolution von FDP Urban dazu folgt in Kürze.

Beat Habegger, Präsident FDP Urban
Kathrin Puhon, Geschäftsführerin FDP Kanton Zürich

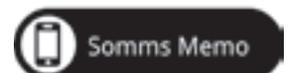
Anzeige



Die Fakten und warum sie wichtig sind.

Somms Memo.
Täglich in Ihrer Mailbox.
Jetzt kostenlos abonnieren.

NEBELSPALTER
www.nebelspalter.ch/sommsmemo



Parolenspiegel

für die nächsten eidgenössischen Volksabstimmungen



JA

AHV 21



NEIN

Massentierhaltungsinitiative



JA

Reform der Verrechnungssteuer

Mehr Importe statt regionale Lebensmittel?



SEPT
25

**NEIN zur unnötigen
Tierhaltungsinitiative**
tierhaltungsinitiative-nein.ch

KOLUMNE

Freiheit in unsicheren Zeiten



Kürzlich war die Ministerpräsidentin von Estland, Kaja Kallas, Gast in einer Diskussionsrunde. Politikerinnen und Politiker haben engagiert über den «Gender-Wahnsinn» oder die Debatte über Sinn und Unsinn von «kultureller Aneignung» gesprochen. Bis die estnische Ministerpräsidentin das Wort ergriff. Dabei wurde rasch klar: Kallas sah sich im falschen Film.

Sie sagte sinngemäss: Den Wert der Freiheit erkennt man erst, wenn man die Freiheit nicht mehr habe. Als Nachbarland zu Russland sei Estland direkt vom Angriff auf die Ukraine betroffen. Dabei gehe oftmals vergessen, dass die Fläche, welche heute in der Ukraine von russischen Truppen besetzt sei, viermal grösser sei als diejenige der Schweiz. Weiter sei Odessa gleich weit von Tallinn entfernt wie von der Schweiz.

Das hat Eindruck hinterlassen und mich einmal mehr darin bestätigt, dass der Einsatz für die Freiheit nicht irgendwann erledigt sein wird und auch nicht einfach eine Zeiterscheinung sein kann. Der Einsatz für die Freiheit ist essenziell und alternativlos.

Ein Land und dessen Bevölkerung kann sich nur frei fühlen, wenn es sicher ist. Grundlage dafür ist eine starke, unabhängige Armee. Es erstaunt doch sehr, dass während eines Krieges in Europa noch über Sinn und Unsinn einer Stärkung der Schweizer Armee gesprochen wird. Oder dass eine grüne Nationalrätin alle demokratischen Gepflogenheiten aushebeln will, um die vom Souverän legitimierte Beschaffung neuer Kampfflugzeuge aufgrund des Typenentscheids zu verhindern. Dagegen wehren wir uns.

Unser Einsatz für Sicherheit und Freiheit ist wichtiger denn je.

Andri Silberschmidt
 Parteivizepräsident und Nationalrat ZH

FDP

Die Liberalen

**Gemeinsam sichern
wir unsere AHV**

**2x JA zur
AHV 21**

sichereahv.ch

